185 JAHRE FRANZÖSISCHE REVOLUTION Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 29 vom 20. Juli 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

20. Juli :
Die Bourgeoisie feiert Widerstand der Generäle gegen Hitler

Bonns antifaschistische Pose soll von Faschisierung ablenken!

Es lebe der antifaschistische Kampf des deutschen Volkes!

Auch dieses Jahr am 20. Juli wird man sich in Bonn die antifaschistische Jacke anziehen und große Reden über den notwendigen Widerstand gegen Hitler schwingen. Die gleichen Herren, die im Auftrag des Kapitals die Faschisierung vorantreiben, sie haben sich den 20. Juli, den Putsch der Wehrmachtgenerale gegen Hitler ausgesucht, um das immer angekratztere Image von der „Demokratie" in diesem Land aufzupolieren. Mit Bedacht wählen sie dieses und kein anderes Datum des Widerstandes gegen Hitler.

Die antifaschistische Stimme der Arbeiterklasse gegen Hitler, die Stimme Thälmanns – sie muß von ihnen unterdrückt werden. Denn der antifaschistische Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der richtete sich gegen die Wurzeln des Faschismus. Er hatte als Ziel die einzige Alternative zum Faschismus – den Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Von dieser einzig konsequenten Kraft gegen den Faschismus soll abgelenkt werden, sie soll verleumdet werden, wenn die Bourgeoisie den Putsch der Generale am 20. Juli zum A und O des Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus deklarieren will.

Die verschiedenen Gruppen, die sich 1944, nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad, zusammentaten, mit dem Ziel, die Hitlerregierung zu stürzen, bestanden zum großen Teil aus Idealisten, die nicht verstanden, daß Hitler nur eine Marionette des Finanzkapitals war, die darum auch nicht sahen, daß die einzige Kraft, die den Hitlerfaschismus vernichten konnte, die Arbeiterklasse war. Einer dieser Idealisten war auch Stauffenberg. Andere aber wie Goerdeler und Beck zum Beispiel, sahen sehr wohl, was los war. Sie wollten den Putsch nicht, weil sie Antifaschisten waren. Sie wollten Hitler allein deshalb beseitigen, um im Interesse des Finanzkapitals in Deutschland – aber auch in den USA – den imperialistischen Krieg mit erfolgversprechenderen Methoden weiterzuführen.

Fortsetzung auf Seite 7



Genossen der KPD/ML tragen riesige Portraits der Ermordeten, Günter Routhier und Neset Danis auf der Protestdemonstration gegen diese Morde und der politischen Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer und ihrer Organisationen!

Tausende demonstrierten in Köln

Kampf den reaktionären Ausländergesetzen!

„Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront! Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen! Hoch die internationale Solidarität!" hallte es immer wieder durch die Straßen Kölns, als der Demonstrationszug vom Neumarkt in Richtung Köln-Nippes marschierte. 3.000 bis 4.000 ausländische und deutsche Kollegen und Genossen hatten sich am 13. Juli in Köln versammelt, um gemeinsam eine Protestdemonstration gegen die politische Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer und ihrer Organisationen durchzuführen.



Die Polizei versucht mit aller Gewalt die Portraits zu zerstören, um zu verhindern, daß die Bevölkerung über diese Morde erfährt und die Empörung wächst!

Unmittelbarer Anlaß der Demonstration war der Mord von türkischen Faschisten – unter ihnen Konsulatsangehörige – an dem türkischen Antifaschisten Neset Danis in Hamburg, die Verhaftungen von türkischen und spanischen Patrioten, die seit Wochen im Gefängnis gehalten und mit Abschiebung in ihre vom Faschismus beherrschten Länder bedroht werden. Anlaß war auch der verschärfte Polizeiterror der Bourgeoisie, der heimtückische Polizeimord an dem Genossen der KPD/ML, Günter Routhier.

Unsere Partei, die KPD/ML und ihre Jugendorganisation ROTE GARDE nahm an der Demonstration neben der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, der ATÖF, der CISNU, der FRAP, der ROTEN HILFE, der Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes und anderen fortschrittlichen Organisationen als eigener Block teil.

Unter den Fahnen der Partei reihten sich etwa 1.000 bis 1.500 deutsche und ausländische Genossen und Freunde ein. An der Spitze des Blocks wurden zwei große Bilder unseres ermordeten Genossen Günter und des ermordeten Genossen Neset Danis getragen.

Die Polizei, die auf beiden Seiten des Demonstrationszuges ein langgezogenes Spalier bildete, war offensichtlich besonders auf die KPD/ML scharf gemacht worden. Dreimal wurde der Block von Polizisten angegriffen, sei es, weil revolutionäre Parolen gegen Polizei und Bundeswehr gerufen wurden, um Transparente aus dem Zug zu holen oder um die beiden Bilder der ermordeten Genossen herunterzureißen. 4 Genossen, darunter ein kolumbianischer Genosse, wurden bei der entschlossenen Abwehr der Polizeiangriffe verhaftet.

Der Demonstrationszug fand großes Interesse bei der werktätigen Bevölkerung Kölns. Viele Passanten in der belebten Innenstadt blieben stehen und lasen nachdenklich die Parolen auf den Transparenten des Zuges. Insbesondere als die Demonstration durch Ausländerviertel führte, kamen viele Menschen aus den Häusern auf die Straße, um den Zug aus der Nähe verfolgen zu können.

Als auf der Abschlußkundgebung ein Genosse der Patriotischen Einheitsfront dazu aufforderte, sich noch enger zusammenzuschließen und den Kampf gemeinsam zu führen, wurde von den Versammelten mit begeistertem Beifall geantwortet.

Tribunal zum Mord an Genossen Günter

Wir klagen an!

Nach der Protestdemonstration am Samstag in Köln, auf der auch gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier protestiert wurde, führte die KPD/ML am Abend eine Veranstaltung gegen diesen Polizeimord durch. 600 Kollegen, Freunde und Genossen waren gekommen, um mit der Partei ein Tribunal gegen die Mörder des Genossen Günter abzuhalten, ein Tribunal gegen dieselben, die auch die faschistischen Mörder von Neset Danis dekken: die Bourgeoisie und ihre Schergen.

Fortsetzung auf Seite 8

Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise

Herstatt - Pleite

Sparer fordern ihr Geld, sind nur mit Polizei von der Stürmung der Bank abzuhalten. Diese Bilder von der Herstatt-Pleite mögen viele ältere Menschen an den Zusammenbruch der Danat-Bank 1931 erinnert haben. Damals befand sich der Kapitalismus weltweit in tiefer Krise. Der Krach der Danat-Bank und die folgende Geld- und Kreditkrise in allen kapitalistischen Ländern führte zu einer enormen Verschärfung der weltweiten Krise des Kapitalismus.

Heute haben wir keine Weltwirtschaftskrise. Aber der Imperialismus steckt auf der ganzen Welt in tiefer allgemeiner Krise. Inflation, Pleiten, Kurzarbeit und steigende Arbeitslosigkeit – wie in allen Ländern mehren sich auch bei uns die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Vor diesem Hintergrund sind die Pleiten kleinerer Banken, von denen der Herstatt-Krach ja nur die bislang spektakulärste war, zu sehen.

Die Herstatt-Bank gehörte nicht zum Kern des Finanzkapitals. Ihre Bilanzsumme war mit 2 Milliarden zwar erheblich größer als die der vielzitierten Danat-Bank (500 Mio. Reichsmark), aber sie war von den großen Banken abhängig. Während ihr Eigenkapital nur 77 Mio. DM betrug, beliefen sich die Einlagen anderer Banken bei Herstatt auf 767 Mio. Als große unter den kleinen Banken machte Herstatt vor allem mit kleinbürgerlichen Schichten und kleinen Kapitalisten Geschäfte. Gerade die kleinen Kapitalisten, die nichtmonopolistischen Teile der Bourgeoisie werden aber von der sich verschärfenden Krise in immer stärkerem Maße ruiniert. Fast täglich lesen wir in der Zeitung von Pleiten kleinerer und mittlerer Betriebe. Dadurch verlieren kleinere Banken wie Herstatt den Boden für ihre Kreditgeschäfte. Diese Entwicklung hat schon vor längerer Zeit eingesetzt.

Die Herstatt-Bank hat – wie andere Banken auch – versucht, diese Verluste durch Spekulationen im Devisentermingeschäft aufzufangen. Wie funktionierte diese Devisenspekulation? – Als Devisen werden Zahlungsansprüche in ausländischer Währung bezeichnet (z. B. Guthaben bei ausländischen Banken, Wechsel und Schecks in ausländischer Währung). Münzen und Banknoten gehören nicht zu den Devisen. Auf den 5 amtlichen Devisenmärkten in der Bundesrepublik müssen die Geschäfte innerhalb von 2 Tagen abgewickelt werden. Lohnende Spekulationsgewinne sind hier also nur bei direkt bevorstehenden Auf- und Abwertungen oder durch den Einsatz horrender Summen zu erzielen.

Das eigentliche Feld für die Spekulanten ist der sogenannte Devisenterminmarkt. Hier werden langfristige Devisengeschäfte – für 3, 6, 12 Monate – abgeschlossen. In diesen Zeiträumen können sich bei der allgemeinen Unstabilität des kapitalistischen Währungssystems die Kurse der Währungen natürlich beträchtlich verändern. Auf dieses Auf und Ab der Kurse – Ausdruck der allgemein voranschreitenden Zerrüttung des Imperialismus – spekulieren die Finanzhaie. Ein Spekulant schließt beispielsweise jetzt zum derzeitigen Dollarpreis einen Kaufvertrag über 3 Mio. Dollar ab, die in drei Monaten abrufbar sein sollen. Er spekuliert dann darauf, daß der Dollar in diesen drei Monaten im Kurs steigt.

Vor allem, weil der US-Dollar infolge der allgemeinen Schwächung des US-Imperialismus ständig verfiel, konnten hier Milliardenspekulationsgewinne gemacht werden. Aber auch hier schwammen den Spekulanten – also auch Herstatt – einige Felle davon. Besonders traf die Währungsspekulation die rohstoffproduzierenden Länder der 3. Welt. Die westeuropäischen Imperialisten nutzen den Kursverfall des Dollars zu ihrer zusätzlichen Ausplünderung. Die rohstoffproduzierenden Länder mußten ihre Rohstoffe gegen Dollars verkaufen, aber die Industriegüter, die Maschinen, die sie für den Erlös in Westeuropa – vor allem bei den westdeutschen Imperialisten kaufen wollten, mußten sie in westeuropäischen Devisen bezahlen.

Gegen diese Ausplünderung durch den Imperialismus schließen sich die Länder der 3. Welt immer mehr zusammen. Der Ölboykott der arabischen Länder hatte sich als scharfe Waffe im Kampf gegen die Raubpolitik des Imperialismus erwiesen. Er traf vor allem die westeuropäischen Imperialisten hart. Der Dollar konnte seinen Kurs gegenüber den westeuropäischen Währungen relativ stabilisieren. Dadurch wurden auch die Devisenspekulationen der Finanzhaie des Imperialismus erschwert.

An diesem Punkt sind wir wieder bei Herstatt. Die Herstatt-Bank, die Spekulationsgewinne machen mußte, erhöhte wie ein Spieler immer wieder den Spekulationseinsatz, weil die bereits gemachten Verluste mit aufgefangen werden mußten. Mit schließlich mehreren hundert Millionen DM Verlusten hätte sie nur durch eine Stützungsaktion der 3 westdeutschen Großbanken wieder auf die Füße gestellt werden können. Aber die 3 Grossen – die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank – ließen Herstatt am ausgestreckten Arm verhungern. Noch vor einigen Jahren hätten die Großbanken Herstatt wahrscheinlich gestützt, um den „guten Ruf des Bankgewerbes" zu wahren, aber im Zeichen der sich verschärfenden Krise kann sich das Finanzkapital solche Feinheiten nicht mehr leisten. **In immer stärkerem Maße müssen die Imperialisten zur Ruinierung nichtmonopolistischer Teile der Bourgeoisie und breiter Teile des selbständigen Kleinbürgertums übergehen.**

Die D„K"P-Revisionisten nahmen die Herstatt-Pleite zum Anlaß, erneut ihre Forderung nach Verstaatlichung der Banken zu präsentieren. Der Staat aber ist das Instrument des Finanzkapitals. Der imperialistische oder monopolkapitalistische Staat unterscheidet sich vom Staat im Konkurrenzkapitalismus dadurch, daß er nicht nur als Gewaltapparat der herrschenden Klasse, deren politische Herrschaft gegen den Ansturm der Arbeiterklasse verteidigt, sondern daß er als Instrument des Finanzkapitals auch direkt in den Wirtschaftsablauf eingreift. **Was die D„K"P-Revisionisten fordern, würde objektiv in Wirklichkeit eher eine Stärkung des Finanzkapitals bedeuten, auch wenn die Großbanken aus ihren besonderen Eigeninteressen heraus eine Verstaatlichung sicher momentan ablehnen. Immerhin fordern die Großbanken jetzt die verschärfte staatliche Kontrolle der sogenannten „Privatbanken", was ja auch ein Schritt auf dem von den D„K"P-Revisionisten propagierten Weg ist.**

Portugals Revisionisten- Wegbereiter des Faschismus!

Die Entwicklung in Portugal bringt es immer klarer an den Tag: Die Junta Spinolas bedeutet nicht die Befreiung des Volkes, sondern Militärherrschaft der Bourgeoisie. Der Einsatz von Militär gegen streikende Arbeiter hat seine passende Ergänzung in der Regierungsumbildung durch die Junta gefunden. Mehrere Ministerposten werden umbesetzt mit Offizieren und sogar der frühere Erziehungsminister des faschistischen Caetano-Regimes, Simao, ist wieder in Amt und Würden: Er wurde zum UN-Botschafter Portugals ernannt.

Die Spinola-Junta bringt damit offen zum Ausdruck, daß ihr Kurs die gewaltsame Unterdrückung ist, daß sie mit dem Anwachsen des Kampfes des portugiesischen Volkes die erneute Errichtung des Faschismus vorbereitet.



Am 20. Jahrestag der Ermordung von Catarina Eufemia versammelten sich in der Stadt Ervidel 100.000 Bauern und Arbeiter, um dieser revolutionären Heldin zu gedenken. Catarina, eine revolutionäre Kommunistin, wurde am 19. Mai 1954 während einer Demonstration gegen Hunger, Not und Unterdrückung von der faschistischen Polizei erschossen.

Die Revisionisten von der P„C"P mit ihrem Vorsitzenden Cunhal aber haben von Anfang an die Spinola-Clique als Meilenstein auf dem Weg zur Befreiung des Volkes gefeiert. Sie selbst waren es, die auf ihren Ministerposten in der Regierung die Streiks der Arbeiterklasse verurteilten, die den Einsatz von Militär gegen die Streikenden billigten und rechtfertigten, die das Volk aufforderten, den Kampf gegen die Spinola-Clique einzustellen und die am 1. Mai gemeinsam mit dem Militär gegen marxistisch-leninistische Kräfte, die die Revolution propagierten, vorgingen.

Und auch jetzt, wo die Faschisierung unter der Junta offensichtlich voranschreitet, geben die Revisionisten der Bourgeoisie Feuerschutz: „In diesem Krisenmonat, in dem sich reale Gefahren für die Freiheit abzeichnen, müssen die Arbeiter, die Volksmassen, die Demokraten ihre Einheit und das Bündnis der Volksbewegung mit der Bewegung der Streitkräfte stärken." – heißt es in einer Erklärung der portugiesischen Revisionisten. Lediglich gegen einige „Rechte", wie den ehemaligen Caetano-Minister Simao darf der Kampf geführt werden.

Das Volk soll sich Spinola an den Hals werfen und unterordnen, mit seinen Feinden zusammenarbeiten? Genau das heißt, das Volk an seine Henker zu ketten, Ausbeutung und Unterdrückung des portugiesischen Volkes zu verewigen. Es ist die gleiche Verräterpolitik, mit der die Revisionisten in Chile das Volk dem Faschismus auslieferten.

Das Volk wird seinen Kampf weiterführen und verstärken und seine Errungenschaften aus dem Kampf gegen das Caetano-Regime nicht kampflos preisgeben. Siegreich aber wird der Kampf des portugiesischen Volkes nur dann sein, wenn die revisionistischen Verräter entlarvt und der Einfluß dieser Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung zerschlagen wird.

UNO - Seerechtskonferenz

Gegen die Hegemonie der Supermächte auf den Weltmeeren

Am 20. Juni begann in der Hauptstadt Venezuelas, in Caracas, die 2. Sitzung der 3. UNO-Seerechtskonferenz. Die Konferenz kam auf Verlangen der Länder der Dritten Welt und anderer kleiner Länder zustande, die ein neues internationales Seerecht fordern. Das bisherige Seerecht diente vor allem den beiden Supermächten, die sich als Herrscher der Weltmeere aufführen.

Am offensten ist der Kampf entbrannt um die Frage, wieweit die Grenzen der Hoheitsgewässer eines Küstenlandes ins Meer hinausreichen. Während die beiden Supermächte USA und Sowjetunion darauf beharren, daß die Hoheitsgewässer auf einen Streifen von 12 Seemeilen beschränkt bleiben, verlangen die Länder der Dritten Welt und mit ihnen viele andere eine Zone von 200 Meilen.

Welche Bedeutung diese Frage hat, zeigte sich in Westeuropa am Beispiel Islands. Ein Großteil der Bevölkerung Islands lebt vom Fischfang. Innerhalb der von den beiden Supermächten einseitig festgelegten 12-Meilen-Zone ist der Fischbestand erheblich gesunken. Ausserhalb dieser Zone aber sind es die großen Fangflotten der Imperialisten, die zum Teil gleich mit ganzen Fischverarbeitungsfabriken ausgerüstet sind, die den isländischen Fischern die Erträge wegfangen. Für die isländische Fischerei ist daher der Kampf um die 200-Meilen-Zone eine Existenzfrage.

Die beiden Supermächte stellen sich aber auf das alte Seerecht, das – wie die Sowjetrevisionisten behaupten – „Prinzipien und Regeln enthält, die sich in Hunderten von Jahren herausgebildet und in der Praxis bewährt haben". Damit treten die neuen Zaren im Kreml für die Beibehaltung eines Seerechts ein, das von Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus geprägt ist: das Gesetz der „Freiheit der hohen See".

Tatsache aber ist, daß das Gesetz der „Freiheit der Hochsee" nichts anderes bedeutet, als daß die beiden Supermächte mit ihren Fangflotten das Meer, das allen gehört, „frei" plündern, ausrauben und mit ihren Kriegsflotten beherrschen können. Daher fordern die Länder der Dritten Welt und mit ihnen viele andere Länder nicht nur ihr Recht auf eine 200-Meilen-Zone der Territorialgewässer, sondern daß auf der Grundlage wahrer Gleichheit gemeinsam ein neues Seerecht ausgearbeitet wird.

Bei der Frage der Ausnutzung der internationalen Bestände des Meeresbodens beharren die Länder der Dritten Welt ebenso zurecht darauf, daß der Meeresboden nicht etwa denen gehört, die ihn mit ihrer fortgeschrittenen Technologie am meisten ausplündern, sondern daß die Bestände des internationalen Meeresbodens grundsätzlich den Völkern aller Länder gehören und daher alle Länder gemeinsam ein internationales System festlegen und eine Organisation für die Kontrolle und Ausnutzung der Bestände des Meeresbodens errichten müssen.

Eine weitere Frage ist die der Durchfahrt von Meerengen. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben z. B. gefordert, daß die Malakkastraße unter „internationale Kontrolle" gestellt wird, damit sie dort mit ihren Kriegsflotten „frei" walten können.
Dagegen verlangen die betreffenden Küstenländer Malaysia und Indonesien zurecht, daß nichtmilitärischen ausländischen Schiffen nur dann „friedliche Durchfahrt" gewährt wird, wenn sie Gesetze und Regeln des Küstenlandes, in dessen Territorialgewässer sie sich befinden, befolgen, und daß ausländische Militärschiffe und -flugzeuge, wenn sie passieren wollen, im Voraus darüber informieren und Erlaubnis einholen müssen.

Die UNO-Seerechtskonferenz spiegelt nicht anders als die Konferenz der UNO „Für das Studium der Probleme der Rohstoffe und der Entwicklung" die gewachsene Stärke der Länder der Dritten Welt im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen wieder.

1958, auf der 1. Seerechtskonferenz noch konnten die imperialistischen Großmächte Konventionen durchsetzen, die von ihrem Interesse an Ausraubung und Plünderung der Meere bestimmt waren. Zwar protestierten damals viele Länder, doch machten die kleinen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas damals erst die Hälfte der Konferenzteilnehmer aus. Seit 1958 aber haben sich viele Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Unabhängigkeit erkämpft und nehmen als Mitglieder in der UNO ihr Stimmrecht wahr.

Etwa 80 Länder, einschließlich der Länder der Dritten Welt, unterstützen heute das Recht auf eine 200-Meilen-Zone der Territotialgewässer. Die beiden Supermächte hingegen sind äußerst isoliert und fürchten um ihre Vormacht auf den Meeren. Sie arbeiten mit hinterhältigen Tricks, um die gerechten Forderungen abzuwürgen: So stellten die sowjetischen Sozialimperialisten aus Furcht vor einer Niederlage die Forderung auf, daß Resolutionen der Konferenz mit einer Neunzehntel-Mehrheit angenommen werden müßten.

Die Furcht der beiden Supermächte hat ihre reale Grundlage: Denn nicht ihnen, sondern den Völkern der Welt, die im Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Hegemoniebestrebungen stehen, gehört die Zukunft.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Abfindungsverträge:
Ein grosser Bluff der Auto-Kapitalisten

Der 43-jährige VW-Kollege Hans Georg Sedler, seit 10 Jahren bei VW beschäftigt, nahm sich das Leben, nachdem VW ihm wegen einer Lappalie fristlos gekündigt hatte. Arbeitslos sah der Kollege wohl keine Möglichkeit, seine fünfköpfige Familie über die Runden zu bringen. In unfaßbarem Zynismus nahmen die VW-Bosse am folgenden Tag die Kündigung zurück.

Gegenwärtig werden Tausende Kollegen in der Automobilindustrie entlassen. Wenn man die bürgerliche Presse liest, könnte man glauben, die Kollegen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, hätten das große Los gezogen: Von Abfindungssummen zwischen 5000 und 10 000 DM ist die Rede, die die VW- und Opel-Bosse den Kollegen zahlen, die „freiwillig" kündigen. In Wirklichkeit bewegen sich die Summen eher bei 5000 DM und auf den Löwenanteil dieses Geldes hätten die Kollegen auch ohne Kündigung Anspruch. **Das Ganze ist ein großer Bluff der Auto-Kapitalisten, um über das Ausmaß der Massenentlassungen hinwegzutäuschen.**

Wenn trotzdem die von VW- und Opel-Bossen geplante Zahl von Kollegen auf dieses „Angebot" eingegangen sind, dann zeigt das vor allem die völlige Rechtlosigkeit und Unsicherheit der Arbeiter im Kapitalismus: Weil die Kollegen fürchten müssen, vielleicht schon morgen plötzlich auf die Straße zu fliegen und mit ihren Familien ohne einen Pfennig nur auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen zu sein, nehmen sie heute die sogenannte „Abfindung" an und hoffen, sich damit über Wasser halten zu können, bis sie einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben oder bis ihre Rente durch ist. Viele ausländische Kollegen sind angesichts der wachsenden Krisenerscheinungen mit ihren Familien in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Die Kapitalisten ihrerseits ziehen die „Abfindungsgeschichte" groß auf, um den Eindruck zu erwecken, die Entlassungen würden unter der vielbeschworenen „Vermeidung sozialer Härten" erfolgen.

Der imperialistische DGB-Apparat hilft als Instrument der Kapitalistenklasse das Massenentlassungsprogramm durchzuziehen. Seine Vertreter in den Betriebsräten bei VW und Opel haben nicht nur kein Wort gesagt, sie haben den Abfindungsbetrug sogar direkt propagiert. Die D„K"P-Revisionisten rechnen zwar langatmig vor, daß bei den sogenannten Abfindungen unter dem Strich kaum eine zusätzliche Mark für die Kollegen herausspringt, aber auch sie rufen natürlich nicht zum Kampf gegen die Massenentlassungen auf, sondern propagieren die „Mitbestimmung". Ihre Hoffnung ist es, die Kollegen vom Kampf gegen die Entlassungen abzuhalten, damit IGM-Loderer wie einst IGBE-Boss Schmidt verkünden kann, daß die geplanten Massenentlassungen dank der „Mitbestimmung" in der Hälfte der geplanten Zeit durchgeführt werden konnten.

Die Kollegen in den Betrieben sind durch die steigenden Arbeitslosenzahlen und durch die laufenden Massenentlassungen alarmiert. Die Erinnerung an vergangene Perioden der Massenarbeitslosigkeit wird wach. Vielen Kollegen wird klar, daß es für die Arbeiter im Kapitalismus keine gesicherte Existenz gibt. **Die modernen Revisionisten wollen verhindern, daß die Arbeiterklasse den von der Partei gewiesenen Ausweg, den Kapitalismus zu bekämpfen und in der proletarischen Revolution zu stürzen, um ein gesichertes Leben im Sozialismus zu erringen, beschreitet. Sie wollen die Arbeiterklasse angesichts der sich verschärfenden kapitalistischen Krise in Ausweglosigkeit und Verzweiflung treiben — in jene Verzweiflung, die Hans Georg Sedler in den Selbstmord trieb.**

Osramkapitalisten müssen kommunistischen Elektriker wiedereinstellen!

Am 1.2.74 kündigten die Osram-Bosse in Westberlin den Kollegen Werner A. und Ulrich S. Die Entlassung der beiden kommunistischen Elektriker schloß sich an eine Betriebsversammlung an und erfolgte mit Zustimmung des Betriebsrates, der eigens eine Sondersitzung einberufen hatte. Durch die von den Osram-Kapitalisten vorangetriebenen Rationalisierungsmaßnahmen drohte 250 Kollegen des B-Werkes der Verlust des Arbeitsplatzes. Deshalb forderten die beiden Kommunisten u.a., den Punkt, „Betriebliches" an die 1. Stelle der Tagesordnung der Betriebsversammlung zu setzen, statt wie üblich, an den Schluß.

Die Entlassung der beiden Kollegen war unter der Belegschaft auf breite Empörung gestoßen. Einen Tag vor Beginn der 2. Arbeitsgerichtsverhandlung sahen sich die Osram-Kapitalisten gezwungen, folgendes Schreiben an den Genossen Werner A. zu schicken. „Sehr geehrter Herr A. Hiermit nehmen wir die im Schreiben vom 1.2.74 ausgesprochene Kündigung zurück. Wir machen Sie schon jetzt darauf aufmerksam, daß in Ihrem Arbeitsbereich weitere Personalreduzierungen durchgeführt werden müssen. Angesichts der Kürze Ihrer Unternehmenzugehörigkeit bedeutet die Rücknahme der Kündigung keine Absicherung Ihres Arbeitsplatzes für die Zukunft..." Vom Personalbüro wurde dem Kollegen dann mitgeteilt, er solle sofort anfangen und er werde ins Glaswerk versetzt, wo etwa einen Monat Arbeit für ihn vorhanden sei.

Mit anderen Worten: Um ihre sichere Niederlage zu umgehen, wollen die Osram-Kapitalisten den Kollegen für einen Monat Urlaubsvertretung machen lassen, um ihn dann — diesmal juristisch abgesichert — wieder zu kündigen. In der Betriebszeitung „Rotlicht" erklärte die Betriebszelle der KPD/ML dazu: „**Wir werden den Kampf um eine korrekte Zurücknahme der Kündigung mit Begründung führen. Das schmutzige Zusammenspiel von Osram und Arbeitsgericht werden wir vor den Kollegen entlarven. Kollege A. wird am 1. August wieder bei Osram anfangen. Der Kampf muß darum geführt werden, daß er wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren kann.**"

Geschäft ist Geschäft

Am 1.7. wurden bei AEG in Neumünster die Kantinenpreise erhöht — so der Kaffee von 20 auf 30 Pf, die Wurst von 80 auf 90 Pf, ab 1.8. wird der Essenspreis von 1,60 DM auf 1,70 DM erhöht.

Begründung: wir kennen sie ja schon alle, die Kosten für Lebensmittel und Kaffee sind so stark gestiegen, daß die Kantinenpreise nicht mehr gehalten werden können — also müssen die Mehrkosten wie immer im Kapitalismus, auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden.

Der Betriebsrat zu der Preiserhöhung: **„Wir wollen doch alle die Mitbestimmung, dann müssen wir auch ans Geschäft denken."**

(Aus: Rote Funke, Betriebszeitung der KPD/ML bei AEG Neumünster)

IG-Drupa - Hamburg
Der Vorstand hat Angst

Korrespondenz. Vor einigen Wochen schloß die Hamburger Führung der IG Druck und Papier 11 fortschrittliche Kollegen aus. Beweis für das „gewerkschaftsschädigende" Verhalten der 11: Spitzelphotos von einem Treffen oppositioneller Gewerkschafter.

Zu dem Anhörungsverfahren über den Ausschluß kamen die 11 Kollegen nicht allein. 80 Kollegen forderten, der Anhörung beizuwohnen und machten ihrer Empörung über den Ausschluß Luft. Da holte der reaktionäre Vorsitzende Heinz Wolf die Polizei. 40 mit Helmen und Knüppeln bewaffnete Polizisten und ein Heer von Zivilen half ihnen dann, die Ausschlüsse geschützt vor den Mitgliedern durchzuführen.

Tage später schickte der DruPa-Vorstand ein Flugblatt an alle Hamburger Betriebe, in dem er die 11 Ausgeschlossenen mit Namen und Adresse als Kommunisten und RGO-Anhänger denunzierte. Die Springer, Broschek, Auer und Co. brauchen sich nicht mehr die Mühe zu machen, schwarze Listen anzulegen — das erledigt der Gewerkschaftsapparat für sie.

Die 11 ausgeschlossenen Kollegen waren der Gewerkschaftsführung schon seit langer Zeit als fortschrittliche und klassenkämpferische Kollegen bekannt. Zugeschlagen haben sie aber erst, als sich der gewerkschaftsoppositionelle Kreis „Alternative" gründete.

Die „Alternative" ist keine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Sie arbeitet momentan noch hauptsächlich auf der opportunistischen Linie der GRF und des „K"BW. Aber allein die Tatsache, daß die Kollegen beginnen, sich gewerkschaftsoppositionell zu organisieren, hat dem Vorstand einen großen Schrecken eingejagt.

Diese Massenausschlüsse in Hamburg, das offene Zusammengehen der Gewerkschaftsführung mit dem Kapital und seinen Gewaltorganen haben einer Reihe von schwankenden Kollegen ihre Illusionen über den DGB-Apparat geraubt: dieser imperialistische Gewerkschaftsapparat ist nicht zu reformieren. Er muß in der proletarischen Revolution zerschlagen werden.

Wir, Genossen der KPD/ML im Druckbereich, werden weiter im Kreis „Alternative" mitarbeiten und die Kollegen überzeugen, daß wir unsere gewerkschaftsoppositionelle Arbeit nur auf revolutionärer Grundlage erfolgreich führen können. Darum:
VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!

Arbeiterjugend:
Von der Schulbank zum Stempeln

Viele Jugendliche, die jetzt aus der Schule entlassen werden, werden keine Lehrstelle finden — geschweige denn eine, die ihrem Berufswunsch entspricht. Nach den von der bürgerlichen Presse verbreiteten Zahlen wird jeder 4. ohne Lehrstelle bleiben. Für viele der Schulentlassenen aber wird es nicht nur keine Lehrstelle, sondern überhaupt keinen Arbeitsplatz geben. Sie werden von der Schulbank zum Stempeln geschickt.

Die bürgerliche Presse gibt sich überrascht und entsetzt. Nachdem sich die Tatsache, daß der Kapitalismus der proletarischen Jugend keine vernünftigen Ausbildungsmöglichkeiten bieten kann, nicht mehr vollständig vertuschen kann, soll jetzt der Eindruck erweckt werden, es handele sich hier um eine zwar bedauerliche, aber eben auch nur „vorübergehende Fehlentwicklung".

Die Tatsachen aber sprechen eine andere Sprache. Zwar gab es in den letzten Jahren auf dem Papier „genügend" Lehrstellen. Oft war sogar von einem „Überangebot" an Ausbildungsplätzen die Rede. In Wirklichkeit aber werden über 40% der Lehrlinge in kleinen Handwerksbetrieben ausgebildet, wo nicht einmal im Sinne der kapitalistischen „Ausbildungspläne" von Berufsausbildung gesprochen werden kann: hier werden die Lehrlinge zum Großteil für anfallende Routinearbeiten und Hilfsarbeiten eingesetzt. Mindestens 20% der Lehrlinge schafft die Gehilfenprüfung nicht. Von den Kollegen, die als Lehrling eines Handwerksbetriebes die Gehilfenprüfung doch schaffen, finden rund 50% in dem erlernten Beruf keine Arbeit und müssen als „Angelernte" in die Industrie gehen. Ihre Lehrzeit hatte nur einen Sinn: sie wurden als „billige Arbeitskräfte" mehr als jeder andere Kollege ausgebeutet.

Das war auch in den vergangenen Jahren so. Wie aber kommt es, daß der kapitalistische Staat die Lüge, jeder Jugendliche habe die Chance, einen Beruf zu erlernen, nicht einmal auf dem Papier mehr aufrecht erhalten kann? Durch die Verschärfung der kapitalistischen Krise gehen von Jahr zu Jahr vor allem solche Kleinbetriebe Pleite, die sich bislang dadurch über Wasser hielten, daß sie nur für die komplizierten Arbeiten und zur Überwachung und Kontrolle ausgelernte Kollegen beschäftigten, während die anfallenden Routine- und Hilfsarbeiten für ein paar Mark von Jungarbeitern gemacht werden mußten, die auf dem Papier als Lehrlinge geführt wurden.

In den modernen Industriebetrieben mit Fließbändern, automatischen und halbautomatischen Fertigungsanlagen, ausgeklügelten Akkordsystemen und „Arbeitsplatzbewertungsmethoden" aber ist der prozentuale Anteil von Facharbeitern und damit auch der Lehrlinge sehr gering. Daraus läßt sich ablesen, daß mit der fortschreitenden technischen Entwicklung im Kapitalismus die Ausbildung der Arbeiter keineswegs qualifizierter wird, sondern im Gegenteil immer mehr eingeschränkt und abgebaut wird.

Fortsetzung auf Seite 4

Solo/Sindelfingen:
Fristlose Entlassung und Hausverbot gegen Kommunisten

Seit zwei Jahren arbeiten Wolfgang J. und seine Frau bei Solo in Sindelfingen-Mettingen. Solo ist ein Betrieb mit 800 Beschäftigten, der Kleinmotoren für Rasenmäher, Mopeds usw. herstellt. Seit einiger Zeit wird dort der ROTE MORGEN verkauft. 8 bis 9 Kollegen nehmen ihn jedes mal. Wolfgang, unter seinen Kollegen als Kommunist bekannt. hatte bereits vor einiger Zeit eine schriftliche Mahnung wegen „schlechter Arbeitsleistung" bekommen. Die Absichten der Geschäftsleitung waren klar: Man hatte bereits einen neuen Kollegen für seinen Arbeitsplatz eingestellt.

Jetzt, am 3. Juli, wurde er gekündigt. Die Begründung „mangelnde Arbeitsleistung" konnte allerdings nicht aufrechterhalten werden. Jetzt hieß es: Wolfgang würde die Arbeitsmoral untergraben und habe eine auflehnende Haltung gegen den Betriebsrat. Der aktuelle Anlaß war, daß Wolfgang an der Spitze der Kollegen für eine Erhöhung der Gießereizulage gekämpft hat. Die Geschäftsleitung mußte — allerdings immer noch lächerliche — 20 Pfennig zugestehen.

Bereits einen Tag nach der Entlassung hatten 10 Kollegen mit ihrer Unterschrift gegen die Kündigung protestiert. Die Partei reif mit einem Flugblatt zum Kampf auf. Die Betriebsleitung geriet in Panik: Genosse Wolfgang wurde sofort entlassen und erhielt Hausverbot. Zusammen mit ihm warf die Geschäftsleitung auch seine Frau auf die Straße und verbot ihr, den Betrieb zu betreten. Die Partei war am selben Tag noch vor dem Betrieb, um die Kollegen zu informieren. Sie waren empört über diesen Betriebsterror.

Geschäftsleitung und Betriebsrat warteten ab, bis die meisten Kollegen den Betrieb verlassen hatten. Dann kamen sie mit 15 Mann, u.a. Kapitalist Emmerich, einige Meister und Betriebsräte und stürzten sich auf einen Verteiler.

Die Partei wird trotz dieses Terrors den Kampf weiterführen. Sie findet in diesem Kampf die Unterstützung der Kollegen. Bereits am Anfang, als Genosse Wolfgang noch im Betrieb arbeiten konnte, haben Kollegen die Unterschriftenlisten aus dem Betrieb getragen, damit sie den Genossen bei einer eventuellen Durchsuchung nicht abgenommen werden konnten. Inzwischen haben sich einige von ihnen bereit erklärt, zu einer Versammlung zu kommen, um dort gemeinsam mit den Genossen der Partei über die weiteren Schritte im Kampf zu beraten.

Revisionistisches

GESCHICHTSFÄLSCHER

Im Juni dieses Jahres brachte die albanisch-sprachige Welle von Radio Moskau eine Sendung mit dem Titel: „Über die Freundschaft zwischen albanischen Partisanen und sowjetischen Piloten während des zweiten Weltkrieges."

In dieser Sendung heißt es, die sowjetische Regierung habe, um den nationalen Befreiungskampf des albanischen Volkes zu unterstützen, von Italien aus Transportflugzeuge nach Albanien geschickt, um den Partisanen Lichtmaschinen, Radiostationen, Waffen und Munition zu bringen. So heißt es zum Beispiel über einen dieser Flüge: „Pavel Mihailov konnte in der Tiefe der Berge nicht weit von der griechischen Grenze, die albanische Partisaneneinheit kaum finden, die in einer verheerenden Lage war. Es fehlte ihr an Waffen, an Munition, an Kommunikationsmitteln, an Medizin. Die Partisanen hatten nicht genug zu essen. Aber dank des Heroismus der sowjetischen Piloten wurden die albanischen Partisanen gerettet."

Oder: „Einmal flogen, zusammen mit der Mannschaft, 11 sowjetische Soldaten ein, die sich den Partisaneneinheiten anschließen, gemeinsam mit ihnen an militärischen Aktionen gegen die Deutschen teilnehmen und über das Radio Verbindung mit dem sowjetischen Kommando halten sollten."

In einem Artikel von „Zeri i popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, heißt es dazu:

„Unsere Partisanen und alle, die die schwierigen Tage des Kampfes aus eigener Erfahrung kennen, haben nicht ein einziges sowjetisches Flugzeug gesehen, das von Italien kam und noch weniger seine Landung auf unseren Bergen erlebt. Sie können nicht anders als über diese Erfindungen erstaunt sein und lachen. Denn es ist bekannt, daß die Sowjets weder auf dem Luftweg noch auf irgend einem anderen Weg Lichtmaschinen, Radiostationen, Waffen und Munition, Medizin usw. nach Albanien gebracht haben. Wir haben keine Ausrüstung bekommen während des nationalen Befreiungskampfes, kein sowjetischer Soldat hat in Albanien gekämpft. Einzig eine dreiköpfige Militärmission hielt sich 1944 in Albanien auf.

Albanien war neben der damals sozialistischen Sowjetunion das einzige Land, das sich vollständig aus eigener Kraft von den faschistischen Okkupanten befreit hat.

Warum verbreitet Radio Moskau solche Lügen? Deshalb, weil die sowjetischen Sozialimperialisten der Welt weismachen wollen, das albanische Volk verdanke seine Freiheit dem Eingreifen sowjetischer Soldaten. „Zeri i popullit" schreibt: „Die chauvinistische Politik der sowjetischen Revisionisten ist schamlos und zügellos geworden. Sie haben sogar die materielle und militärische internationalistische Hilfe, die Stalins Rote Armee einigen europäischen Völkern für ihre Befreiung vom Hitlerfaschismus gewährte, in einen Anspruch auf das illegitime Recht verwandelt, diese Völker und Länder zu beherrschen." Dieser Chauvinismus und die imperialistischen Absichten gegenüber dem albanischen Volk sind es auch, die die sowjetischen Sozialimperialisten sogar die Geschichte verdrehen lassen, um sich als „Befreier Albaniens" aufspielen zu können.

DATSCHAS AUF KOSTEN DER ARBEITER

Zum zweitenmal in diesem Jahr sah sich das Organ der revisionistischen Partei Georgiens gezwungen, die "Vergeudung von Staatseigentum" anzuprangern. Die Zeitung "Zaria Vostoka" schrieb: "Seit mehr als zehn Jahren wachsen Gebäude und Datschas wie Pilze aus dem Boden, die als Jagdhäuser oder Empfangsvillen mit Staatsgeldern erbaut wurden und ausschließlich der Belustigung oder Privatempfängen hoher Persönlichkeiten dienen." Die Zeitung versucht, diese Verschwendung als "Machenschaft" Einzelner, die die kommunistische Moral vollkommen mißachten, hinzustellen. Von einzelnen "Entgleisungen" kann hier allerdings keine Rede sein! Wenn solche Einzelnen einer Klasse angehören, die von der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse lebt, dann sind solche persönlichen Bereicherungen nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Bauern - Zum Kampf bereit!

Mit dem ständigen Sinken der Erzeugerpreise, dem Ruin von über 100 Bauern täglich, ist die Kampfbereitschaft der Klein- und Mittelbauern gestiegen. Die Bauern erkennen inzwischen klarer, daß es die großen Nahrungsmittelmonopole sind, von denen sie in die Mangel genommen und ausgepreßt werden. Daß diese Monopole sich in der EWG zusammengeschlossen haben, um jeweils aus dem Lande ihre Waren zu beziehen, wo die Preise am meisten herabgedrückt sind, um dadurch die Erzeugerpreise, die Einnahmen der kleinen Bauern, im gesamten EWG-Gebiet ständig zu senken werden.

In der Südpfalz sind die Weinbauern seit langem wütend darüber, daß Kellereien sich zu Niedrigstpreisen aus Italien Wein besorgen, um so die kleinen und mittleren Weinbauern unter Druck zu setzen. Immer wieder haben sie beraten, was zu tun sei. Jetzt sind sie zum Handeln übergegangen.

Als am 4.7. morgens die Nußdorfer und Frankweiler Weinbauern hörten, daß in Landau 320 000 Liter italienischer Wein für die Sektkellerei in Böbingen eingetroffen waren, trommelten sie mehrere hundert Bauern aus der Umgebung zusammen. Gegen 11 Uhr erreichte der erste Tanklastzug die Ortseinfahrt von Nußdorf. Die Bauern brachten das Fahrzeug zum Halten und umstellten es mit Treckern. **Auf dem Tanklastwagen hißten sie eine Bundschuhfahne, das Feldzeichen der revolutionären kämpferischen Bauernbünde, die sich 1525 gegen ihre Lehnsherren erhoben.** Damals waren die Nußdorfer Bauern unter den ersten, die sich zum Kampf stellten.

Nachdem sie bereits drei Stunden lang erfolgreich die Weiterfahrt des Tankwagens verhindert hatten, kam Polizei aus Landau, die sofort als erstes die revolutionäre Bundschuhfahne entfernen wollte. Als es energischen Protest der Bauern hagelte, drohte die Polizei, wegen Landfriedensbruch gegen sie vorzugehen. Die Aktion wurde daraufhin vorerst abgebrochen. Aber die Weinbauern von Nußdorf und Frankweiler sind wütender als zuvor und ihre Kampfbereitschaft ist weiter gewachsen.

In Schleswig-Holstein sind es vor allem die sinkenden Erzeugerpreise für Schweinefleisch, die die kleinen Bauern ruinieren. So unglaublich es klingt: **Wenn ein Bauer Schlachtschweine verkauft, zahlt er pro Schwein 45 bis 70 DM drauf !** Für ein Kilo Schlachtschwein hat er Unkosten von 2,70 DM, verkaufen aber muß er für 2 DM bis 2,30 DM. Für den Bauern Ruin, für die Fleischkonzerne aber ein enormer Profit. **Das Kilo Kotellett im Laden kostet zwischen 7.30 DM und 10.60 DM !**

Nach der zentralen Bauerndemonstration in Dortmund, wo über 17 000 Bauern demonstrierten, hat es in Schleswig-Holstein bereits drei größere Protestdemonstrationen gegeben: In Lensahn (Ostholstein) kamen 2000 Bauern mit über 250 Treckern zusammen. In Flensburg versammelten sich am 4. Juni 2500 Bauern auf dem Südermarkt. Und am 8. Juli demonstrierten Schwarzenbeck, im Süden Schleswig-Holsteins, mehr als 2000 Bauern und lähmten mit 300 Traktoren für mehrere Stunden den Verkehr. **Diese Demonstrationen zeigen, daß mit dem wachsenden Kampf der Bauern langsam ein starker Bündnispartner des Proletariats für die Revolution erwächst.**

Klein- und Mittelbauern! Unser wahrer Feind ist der Kapitalismus! – Mit diesem Flugblatt trat die KPD/ML auf den Demonstrationen in Flensburg



und Schwarzenbeck in Aktion, für viele Bauern zum ersten Mal. „Laß mal sehen, was die Kommunisten zu sagen haben". „Das ist gut, daß es Euch Kommunisten noch gibt", war oft zu hören. Die Bauern, die auf den Anhängern saßen, sorgten meist selber für die Verteilung der Flugblätter. Aber es gab auch andere: „Mit Euch wollen wir nichts zu tun haben" und „Schert Euch doch nach drüben in die DDR". Nicht wenige von ihnen hatten die revisionistische D'K'P sowie die Verhältnisse in der DDR vor Augen, wenn sie von Revolution und Kommunismus hörten. Doch wenn ihnen die Genossen den Standpunkt der Partei über die kapitalistischen Machthaber in der DDR erläuterten und die Bauernpolitik der D'K'P entlarvten, waren viele von ihnen bereit, sich an Diskussionen zu beteiligen.

In den Diskussionen zeigte sich, daß viele mittlere Bauern noch Illusionen haben, daß sie glauben, sie könnten über die Runden kommen, wenn sie gut wirtschaften würden.

Die Kleinbauern hingegen sind am ehesten für die Revolution zu gewinnen. Ihnen steht das Wasser oft schon bis zum Hals und sie wissen genau, daß sie von der Regierung und auch von den reaktionären Führern des Bauernverbandes keine Unterstützung zu erwarten haben. Wie weit ihre Kampfbereitschaft geht, wird darin deutlich, daß sie trotz der Ankündigung von Bundeskanzler Schmidt, er werde Polizei und Grenzschutz aufbieten, nach Bonn gehen und aus Protest den Verkehr lahmlegen wollen. Offen stellen sie sich auch gegen die reaktionären Führer des Bauernverbandes: „Das ist viel zu lahm, was hier vom Bauernverband gemacht wird! Wir werden ganz andere Saiten aufziehen!" „Wir werden die Grenzen einfach dicht machen". Und: „Weg mit dem Heeremann!"

Der Kampfgeist der kleinen und mittleren Bauern wird weiter anwachsen. Die Aktionen in Flensburg und Schwarzenbeck haben uns Kommunisten praktisch unsere wichtigste Aufgabe unter den Bauern deutlich vor Augen geführt: **Vor allem unter den Kleinbauern, der fortschrittlichsten Kraft unter den Bauern, müssen die revolutionären Kräfte gewonnen werden für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung. Wir Kommunisten müssen ihnen zeigen, daß ihr Kampf, der sich gegen Agrarkapitalisten und Ausbeutung durch die Monopole, gegen den Staatsapparat und seine treuen Diener in der reaktionären Führung des Bauernverbandes richtet, verbunden werden muß mit dem Kampf für die proletarische Revolution und den Sturz des Kapitalismus. Das ist eine wichtige Aufgabe zur Stärkung der Kampffront des Proletariats.**

Fortsetzung von Seite 3

Das läßt sich auch leicht erklären: die Kapitalisten können nur aus der Ausbeutung der Arbeiter Profit ziehen. Auf der Jagd nach Höchstprofiten verschärfen sie darum ständig die Ausbeutung. Ihr Ziel ist es, daß die Arbeiter bei gleichbleibendem, nach Möglichkeit sogar geringerem Lohn, in der gleichen Zeit mehr produzieren. Neben der verschärften Antreiberei durch Heraufsetzen der Akkordsätze, Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten usw. treiben sie deshalb vor allem die Automatisierung und Rationalisierung voran. Komplizierte Arbeiten, die eine relativ umfassende Ausbildung erfordern, werden dabei in ihre einfachen Bestandteile zerlegt. Was bleibt sind einfache Handgriffe, die ohne Ausbildung bzw. nach kurzer Anlernzeit gemacht werden können. **Die Profitgier der Kapitalisten baut die Facharbeiter und die Berufsausbildung ab. Das ist keine „Fehlentwicklung", sondern zwangsläufiges Ergebnis der Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus.**

Die D„K"P-Revisionisten aber reden von „künstlicher Lehrstellenverknappung". Das klingt oberflächlich zunächst einmal wieder sehr radikal: die modernen Revisionisten streichen heraus, wie schlecht die Kapitalisten doch sind, daß sie einfach die Lehrstellen verknappen, um die von der D„K"P „S"DAJ und Jusos geforderte Verstaatlichung der Lehrstellen zu verhindern. Mit dem Gerede von der „künstlichen Verknappung" aber wollen die Revisionisten in Wirklichkeit verhindern, daß die Arbeiterjugend erkennt, daß der Kapitalismus ihr weder ein Recht auf Ausbildung noch auf Arbeit gewährt. Statt gegen den Kapitalismus zu kämpfen, soll sie nach dem Willen der D„K"P auf den kapitalistischen Staat vertrauen und „vor allem das Großkapital" auffordern, „250.000 qualifizierte Ausbildungsplätze" bereitzustellen. So soll die Arbeiterjugend vom revolutionären Klassenkampf abgehalten werden. **Während die Jugendorganisation der D„K"P, die „S"DAJ in den letzten Wochen versuchte, Randerscheinungen wie Werkstattfegen, Bierholen usw. zur Hauptsache zu machen, um von der tatsächlichen Situation der Arbeiterjugend, die nicht durch schikanöse Meister, sondern durch den Kapitalismus insgesamt bestimmt wird, abzulenken, hat die Rote Garde, die Jugendorganisation unserer Partei, den Kampf der Arbeiterjugend gegen den Stufenplan, für einen einheitlichen Lehrlingslohn, gegen die Altersabschläge, gegen die politische Unterdrückung im Betrieb vorangetrieben und gleichzeitig klar gemacht, daß dieser Kampf nur mit dem Ziel geführt werden kann, die sozialistische Revolution durchzuführen, den Sozialismus zu erkämpfen.**

Korrespondenz :

Ich möchte Euch hier einmal berichten, wei man sich neuerdings bei der Firma Willy Tiedke (KFZ-Betrieb in Hamburg-Wandsbeck) billige Arbeitskräfte verschafft. Ein Kollege aus einem der 5 Betriebe dieser Firma berichtete mir davon: Eine Reihe Lehrlinge werden eingestellt und für einige Wochen zum Blockunterricht in die Berufsschule geschickt. Anschließend wird dann ein Lehrling mit einem etwas schlechteren Zeugnis (der betreffende Kollege hatte in Mathematik und Zeichnen eine 5, in Technologie eine 4 und in Berechnung eine 2) entlassen. Die Folge: Die Eltern regen sich auf wegen der „Schande" usw. – zumal es schon die 2. Lehrstelle ist. Die Mutter ruft den Lehrmeister Tetzlaff an. Dieser erklärt sich nun bereit, den Kollegen noch ein Jahr als Praktikanten zu beschäftigen – zum Lehrlingslohn natürlich. Nach diesem Jahr soll der Kollege dann einen neuen Lehrvertrag erhalten.

So kann Teidke sich einen Lehrling statt 3 nun 4 Jahre halten. Er bekommt im 2. und 3. Lehrjahr einen Lehrling mit noch mehr Fertigkeiten, der noch mehr Geld reinbringt.

Im Allgemeinen ist es übrigens so, daß Lehrlinge bei uns fast nur Routinearbeiten machen, daß man uns dauernd von Krise erzählt und versucht, möglichst viele Leute wegzurationalisieren. **Und das alles, damit der Chef und sein Sohn sich einen Reitstall, ein großes Haus und eine große Mercedes-Limousine leisten können.**

Die Firma beschäftigt übrigens ca 40 Angestellte und 70 - 75 Lehrlinge. Außer ca 2 - 4 Wochen Lehrwerkstatt im Jahr, wo man Sachen wie Feilen und Schweißen lernt und vom Lehrmeister reichlich mit „Lebensweisheiten" vollgequatscht wird, spielt sich an „betriebsinterner Ausbildung" nichts ab.

Kollege aus Hamburg

Vom Aufbau des Sozialismus

1.500 Ferienlager für albanische Kinder

Mit dem Ende des Schuljahres in Albanien beginnen im ganzen Land die Ferienlager der Jungen Pioniere. In Insgesamt 1 5oo Ferienlagern werden 100 000 albanische Kinder ihre Ferien verbingen. Das sind 20% mehr als im letzten Jahr an diesen Lagern teilnehmen konnten. Die Eltern der Kinder müssen nur einen verschwindend geringen Betrag für diese Ferienerholung ihrer Kinder aufbringen. Den Hauptteil der Kosten trägt der Staat.

Aber nicht nur für Kinder existieren solche Erholungsmöglichkeiten, sondern auch für die Erwachsenen. In den schönsten Gebieten des Landes – vor der Revolution reserviert für die Reichen – stehen heute Erholungsheime für die Werktätigen. Auch diese Erholungsaufenthalte für die Arbeiter und ihre Familien werden zum überwiegenden Anteil vom Staat bezahlt. So bezahlen die Arbeiter während des Sommers ein Viertel der Kosten, und von Oktober bis Juni sogar nur 1/6 bis 1/8. Den Rest der Kosten trägt der Staat. In diesen Erholungsheimen finden die Arbeiter Kinos, Fernsehgeräte, Musikinstrumente, Büchereien und Sportmöglichkeiten.

Für die Kinder werden sportliche und andere Wettbewerbe organisiert. Es werden Ausflüge unternommen, die sie mit der Landschaft und der Geschichte ihrer Heimat bekanntmachen. Darüberhinaus ist eine Woche des literarischen Buches geplant, in der Bücher diskutiert werden. Vorlesewettbewerbe und Diskussionen mit Kinder- und Jugendbuchschriftstellern stattfinden werden.

Universität in Ostchina erreicht beachtliche Erfolge bei ihrer Orientierung auf das Gesellschaftsleben

Die Universität Tungchi in Schanghai hat in den letzten sechs Jahren beachtliche Erfolge erzielt in dem Bemühen, sich selbst auf die Gesellschaft zu orientieren und das Studieren mit der produktiven Arbeit zu verbinden.

Die Universität Tungchi ist ein polytechnisches Institut mit Schwerpunkt auf zivilem Ingenieurwesen. **Am 7. Mai 1967 hatte Mao Tsetung die Weisung ausgegeben: „Während ihre hauptsächliche Aufgabe das Studieren ist, sollen sie (die Studenten – RM) auch andere Dinge lernen", und „die Dauer des Studiums soll verkürzt, das Studium revolutioniert werden".**

Auf dieser Grundlage haben die Architektur- und Baustudenten 1967 begonnen, ihr Studium zu revolutionieren. Die 457 Studenten, die bis heute nach diesem revolutionierten Studium die Universität verlassen haben, haben als Teil ihres Studiums mehr als hundert Projekte geplant und mitgeholfen, 180.000 qm zu bebauen. Nach dem Lehrplan verbringen Lehrer und Studenten ein Drittel der Studienzeit mit der praktischen Arbeit, arbeiten aktiv mit und verbinden das Studium mit dem Planen und bauen.

Durch diese neue Art des Studiums sind sie sowohl was ihr politisches Bewußtsein angeht als auch was ihre beruflichen Fähigkeiten angeht, den Studenten, die nach der alten Methode studierten, weit überlegen. Aber Orientierung auf die Bedürfnisse der Gesellschaft heißt nicht nur, die Theorie mit der Praxis zu verbinden, sondern vor allem das Bewußtsein für den Kampf der zwei Klassen und der zwei Linien zu erhöhen. Deshalb nehmen Studenten und Lehrer daran teil, wenn die Arbeiter den Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen studieren.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Es lebe der Kampf des afghanischen Volkes!

Aus Anlaß des 55. Jahrestages der Befreiung Afghanistans vom Joch des britischen Imperialismus fand in Hamburg eine Feier des Afghanischen Studentenvereines statt. Es herrschte eine Atmospäre der Völkerfreundschaft und des gemeinsamen Zornes auf die imperialistischen Unterdrükker. In Pantomimen stellten die afghanischen Freunde Szenen aus dem heldenhaften Kampf ihres Volkes gegen die jeweiligen schmarotzenden Besatzer und ihre Truppen dar. Auch wurden Volkstänze und Chorstücke aus Afghanistan vorgeführt.

Wie bereits beim „Afghanischen Abend" im Winter war auch diesmal der Agit-Prop-Trupp der Partei „Das Rote Sprachrohr" aus Hamburg und ein Redner der Partei eingeladen worden, um das Programm mitzugestalten. Nachstehend geben wir Auszüge aus der Rede wieder, die auf der Veranstaltung gehalten worden ist.

Das afghanische Volk blickt zurück auf eine großartige Geschichte des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus. Wir feiern heute den 55. Jahrestag der Befreiung Afghanistans vom Joch des britischen Imperialismus. Mutig war das afghanische Volk damals aufgestanden gegen die ausländischen Blutsauger. Männer und Frauen, Kinder und Greise hatten sich bewaffnet, um die Engländer zu vertreiben. Von 22 000 imperialistischen Soldaten konnte sich nur ein einziger vor der Wut der Massen retten.

Waren es damals die englischen, französischen und deutschen Imperialisten, die Afghanistans Rohstoffe plünderten und das Land als konterrevolutionären Stützpunkt gegen die damals sozialistische Sowjetunion mißbrauchten, waren es nach 1945 die US-Imperialisten, die sich die Reichtümer Afghanistans aneigneten, so steht das Land heute unter der Knute einer Supermacht, die ihr neokolonialistisches Machtstreben hinter der heuchlerischen Fassade der „brüderlichen Hilfe" zu verbergen sucht: das ist die Sowjetunion von heute, die SU Breschnews, das ist der sowjetische Sozialimperialismus.

Die Sowjetunion unter Führung des großen Stalin hatte stets den Kampf des afghanischen Volkes unterstützt, nachdem jedoch die Chruschtschow-Clique an die Macht gelangt war, hat sie sich unter dem Deckmantel der „Hilfe" zunehmend die wirtschaftliche, militärische und politische Kontrolle über das Land gesichert. Im Kampf gegen den Einfluß der anderen Supermacht, der USA, haben die Sozialimperialisten 1973 einen konterrevolutionären Putsch organisiert, der ihren treuen Lakaien und Stiefellecker Daud an die Macht brachte.

Afghanistan wurden versklavende Verträge aufgezwungen, die den Sowjetrevisionisten die Möglichkeit geben, die wichtigsten Rohstoffquellen und Industriezweige des Landes auszubeuten und auszuplündern, in erster Linie Gas, Zement und Baumwolle. Die Abnahmepreise für diese Stoffe fallen ständig, diejenigen für sowjetische Produkte steigen dagegen laufend. Heute ist Afghanistan mit Milliarden Dollar verschuldet und nicht einmal in der Lage, die Zinsen für die Schulden zu bezahlen, während die Sowjetunion das Gas aus Afghanistan mit 300% Profit nach Westeuropa weiterverkauft.

Neben der wirtschaftlichen Ausplünderung verfolgen die Sozialimperialisten in Rivalität zur USA ihre expansionistischen Hegemoniepläne. Der Putsch in Afghanistan ist ein Bestandteil des großen strategischen Plans der neuen Kremlzaren zur politischen und militärischen Expansion in Asien und zur Einkreisung Chinas. Mit ihrem Plan der „kollektiven Sicherheit in Asien" versuchen sie in Asien einen Pakt unter ihrer Führung zu errichten, der zur Kontrolle und Unterwerfung der asiatischen Länder dient und sich gegen das Bollwerk des Sozialismus, gegen die VR China richtet.

Doch der Kontinent wird von den Befreiungskämpfen der Völker erschüttert und die revolutionäre Bewegung wächst ständig. Und vor allem ist das chinesische Volk in fester Einheit mit seiner Kommunistischen Partei und ihrem Vorsitzenden Mao Tsetung darauf vorbereitet, jede Aggression, woher sie auch kommt, mit welchen Waffen sie auch durchgeführt wird, abzuwehren und zu zerschmettern.

Auch Afghanistan ist keine friedliche Insel, auch dort gilt: „Wo Unterdrückung ist, ist auch Widerstand." Das afghanische Volk hat nicht solange gegen den englischen Kolonialismus gekämpft, um jetzt unter einer neuen Kolonialmacht zu leben.

Machtvolle Demonstrationen, wie die 70.000 am 1. Mai 72 und Streiks zeigen die wachsende Kampfbereitschaft des Volkes, zeigen auch in Afghanistan ist die Hauptendenz Revolution.

Als am 26. 10. 67 die Massen zum Parlament marschierten, und die Polizei entwaffneten, wurde vom Militär mit sowjetischen Waffen und Panzern ein Blutbad angerichtet. Die Sowjetrevisionisten versuchen gemeinsam mit den afghanischen Reaktionären jeden Widerstand zu brechen. Doch der Haß des Volkes wird durch solche Terrormaßnahmen nur geschürt.

1971 marschierten 4.000 streikende Arbeiter eines sowjetischen Gaswerkes nach Kabul, eine Entfernung von 2.000 km. Das war der berühmte „marche safar", der „Siegesmarsch". Sie kämpften gegen Hungerlöhne, menschenunwürdige Unterkünfte, Mangel an medizinischer Versorgung. Überall wurden sie von der Bevölkerung begeistert begrüßt und mit Nahrung versorgt. Nach 360 km wurde der Zug von der Regierung gestoppt, man sicherte Erfüllung ihrer Forderungen zu und transportierte die Arbeiter auf sowjetischen Militärlastwagen zurück. Anschließend wurden fast alle Arbeiter entlassen. Den Bauern die die Arbeiter sehnlichst erwartet hatten, log man vor, die Arbeiter hätten aufgegeben. Doch auch diese hinterhältigen Tricks werden den afghanischen Reaktionären und ihren sowjetischen Auftraggebern nichts nützen.

Die neuen Kremlzaren, diese Verräter am Kommunismus, können noch so lauthals den konterrevolutionären Putsch als „Revolution" und die faschistische Diktatur des Bluthundes Daud als „Revolutionsregierung" feiern. Beim Volk sind diese sauberen „Revolutionäre" verhaßt. Demonstrations- und Streikverbot, Verfolgung und Ermordung der Kommunisten und Fortschrittlichen.

Diese verschärfte Unterdrückung ist Ausdruck der Angst, die die Sowjetrevisionisten und ihre afghanischen Marionetten vor dem Volk haben. Denn der Tag ist nicht fern, an dem das afghanische Proletariat sich seine Vorhutpartei schafft und unter ihrer Führung im engen Bündnis mit den werktätigen Bauern und allen unterdrückten Schichten des Volkes die einheimischen und ausländischen Unterdrücker verjagt.

ES LEBE DIE NEUDEMOKRATISCHE REVOLUTION IN AFGHANISTAN!

FÜR DIE EINHEIT DER AFGHANISCHEN ARBEITER, BAUERN UND ANDEREN UNTERDRÜCKTEN SCHICHTEN DES VOLKES!

Die deutsche Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD/ML, stehen fest an der Seite der kämpfenden afghanischen Volksmassen. Die Supermächte USA und SU, die miteinander um die Weltherrschaft ringen, sind ebenso Feinde des deutschen Volkes. Die KPD/ML kämpft dafür, daß sich die deutsche Arbeiterklasse noch fester einreiht in die weltweite Kampffront gegen das Diktat der Supermächte. Unsere vordringliche Aufgabe ist es, den Feind dort anzugreifen, wo er steht, auf dem Boden unserer Heimat. Unser proletarischer Internationalismus wäre eine hohle Phrase, wenn wir nicht im eigenen Land den Kampf aufnehmen gegen die Herrschaft der Supermächte und ihre einheimischen Bundnispartner und Lakaien, den westdeutschen Imperialismus und die Honnecker-Clique.

ES LEBE DER REVOLUTIONÄRE KAMPF DER VÖLKER!

HOCH DAS ROTE CHINA, BOLLWERK DER WELTREVOLUTION!

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS UND DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Grussadresse zum 53. Jahrestag der Gründung der KPCH!

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas
An den 1. Vorsitzenden, Genossen Mao Tsetung

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten entbietet der Kommunistischen Partei Chinas zum 53. Jahrestag ihrer Gründung die herzlichsten Glückwünsche und Kampfesgrüße. Die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas ist in den 53 Jahren ihres Bestehens ein leuchtendes Vorbild für alle marxistisch-leninistischen Parteien die im unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus stehen, geworden.

Voller Begeisterung sehen wir deutschen Kommunisten, wie die KP Chinas unter der Führung des Genossen Mao Tsetung die Volksmassen im Kampf gegen den entlarvten Renegaten Lin Biao und gegen die konterrevolutionäre Ideologie des Konfuzius leitet, um die Diktatur des Proletariats gegen alle inneren und äußeren Feinde zu festigen.

Besonders die neuen Zaren im Kreml, die sowjetischen Sozialimperialisten, träumen vom Sturz des Sozialismus in China und der Errichtung ihrer Herrschaft über China. Darum propagieren sie, nachdem ihr Plan, Lin Biao zu ihrem Statthalter in China zu machen, kläglich gescheitert ist, offen die konterrevolutionäre Ideologie des Konfuzius.

Aber das chinesische Proletariat, das gesamte chinesische Volk, werden unter der korrekten Führung ihrer Kommunistischen Partei Chinas im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus für den weiteren Aufbau des Sozialismus immer größere Siege erringen.

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML
Ernst Aust, 1. Vorsitzender

Zionisten greifen libanesische Häfen an!

In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni sind Marinekommandos der Zionisten in die libanesischen Häfen Saida, Sarafand und Tyros eingedrungen und haben 21 Fischerboote durch Sprengladungen zerstört.

Gemeinsam gingen palästinensische Kampfverbände und die libanesische Küstenwache gegen die Angreifer vor, eröffneten das Feuer auf die Eindringlinge und verhinderten, daß noch mehr Boote zerstört wurden.



Von den israelischen Zionisten zerstörte Fischerboote im libanesischen Hafen Tyros.

Dieser Angriff entlarvt nachhaltig das unverschämte Gerede der Zionisten von sogenannten „Vergeltungsschlägen". Die zerstörten Fischerboote gehörten ausschließlich liebanesischen Fischern, die auf ihre kleinen Boote angewiesen sind, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Gegen 23 Uhr hatten die israelischen Zionisten ihren Angriff auf die Fischereihäfen eröffnet. Unter dem Feuerschutz von Schnellbooten und Hubschraubern drangen Froschmänner in die Häfen ein und sprengten die Fischerboote.

In einer Erklärung betonte der libanesische Ministerpräsident Solh zu den Angriffen der israelischen Zionisten, daß es nichts gebe, was diese Angriffe rechtfertigen würde. Zugleich betonte der libanesische Ministerpräsident: „Niemandem wird es gelingen, Libanesen und Palästinenser gegeneinander aufzubringen!" Die Sprecher der palästinensischen Befreiungsorganisation prangerten diesen erneuten Angriff aufs schärfste an und erklärten, daß die palästinensischen Organisationen mit allen Mitteln zurückschlagen werden.

Aus aller Welt

SPANIEN:

Am Dienstag, den 9. Juli, hat die Streikwelle in Barcelona 20 000 Arbeiter in 87 Fabriken erfaßt. Die Arbeiter streiken aus Solidarität für ihre Kollegen der Glashütte „Elsa", die nach mehrwöchigem Streik und Aussperrung nicht alle wieder eingestellt worden sind. Insbesondere wird der Kampf um drei Streikführer geführt, die die Glashütte nicht wieder einstellen will.

Im Verlauf der Aktionen kam es zu mehreren Kundgebungen und Demonstrationen, auf denen rote Fahnen und Streiktransparente von den Arbeitern mitgeführt wurden. Polizeitruppen kontrollieren ständig die Straßen, um gegen Aktionen der Arbeiter mit brutaler Gewalt vorzugehen.

PALÄSTINA:

Wie Falestin Althaura, Zentralorgan der PLO in seiner Ausgabe vom 26.6.74 berichtet, haben die Einheiten der palästinensischen Revolution Mitte Juni folgende heroische Operationen gegen den Feind durchgeführt:

Am 17.6.74 explodierten Brandsprengsätze in einem Karton-Lager in Tel Aviv. Das Feuer dehnte sich auf die oberen Etagen aus, in denen die regionale Verwaltung des Telefondienstes liegt. Neben erheblichen materiellen Verlusten (so wurde die Stromversorgung unterbrochen und die Telefonverbindungen gestört) gab es auch zahlreiche Verwundete.

Am Mittag des 14.6.74 warf ein palästinensischer Revolutionär in Gaza eine Handgranate in ein zionistisches Militärfahrzeug, das völlig zerstört wurde. Die Besatzersoldaten kamen dabei ums Leben.

In den Morgenstunden des 18.6.74 zwischen dem Kibuz NU'AM und KERIAT-GAT in Mittelpalästina die Eisenbahnlinie außer Funktion gesetzt. Ein Zug wurde dadurch zur Entgleisung gebracht, wobei es zu Toten und Verwundeten kam. Die Zugverbindung war für längere Zeit unterbrochen.

Eine in den besetzten Gebieten operierende Spezialeinheit hat Brandsprengsätze in die hebräische Bibliothek in Alt-Jerusalem gelegt. Am 18.6.74 führte die Explosion der Sprengsätze zur totalen Zerstörung der Bibliothek.

Am 20.6.74 wurden die Munitionsdepots von KARM-SEITUN, zwischen Jerusalem und Tel Aviv gesprengt. Die Verluste des Feindes werden als sehr hoch eingeschätzt.

2 Flugzeuge des zionistischen Feindes wurden am 20.6.74 um 13.30 Uhr bei Angriffen auf die Flüchtlingslager abgeschossen.

Unsere Revolutionäre haben einen Offizier der zionistischen Sicherheitsorgane im Dorf SANOTA hingerichtet und seine Waffen beschlagnahmt.

aus: FALESTIN ALTHAURA, Zentralorgan der PLO vom 26.6.74, übersetzt von einem palästinensischen Genossen in Frankfurt/Main.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle)
206 Meter entspricht 1.456 khz.

RADIO PEKING

19.00 — 19.30
21.00 — 22.00

Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

185 Jahre französische Revolution

„Allons enfants de la patrie, le jour de gloire est arrive" – „Kommt, Kinder des Vaterlandes, der Tag des Ruhmes ist da" – diese erste Zeile der Marsaillaise, geschaffen in den Jahren der Revolution in Frankreich, kennzeichnet die Situation in Frankreich im Juli 1789. Sturmglocken läuten am Abend des 12. Juli den allgemeinen Aufstand ein. Es ertönt der Ruf: „Zu den Waffen". Waffenkammern werden von den Volksmassen geplündert, neue Waffen gegossen. Am 14. Juli wird die Bastille, das verhaßte Gefängnis von Paris, gestürmt. Vier Stunden dauert die Belagerung. Dann ertönt auf allen Plätzen und Straßen der Ruf: „Sieg! Sieg!" Paris wird vom Bürgertum, von Handwerkern und Arbeitern besetzt. Der Sturm auf die Bastille war das Signal für den Sturm auf die Festungen des feudalistischen Absolutismus in ganz Frankreich. Die seit Jahren immer wieder aufflackernden Bauernaufstände vereinigten sich mit der Revolution. Die Bauern griffen zu Sensen, Heugabeln und Dreschflegeln, die Schlösser der Seigneurs gingen in Flammen auf. Für die Grundbesitzer und für den Adel in den Städten kamen die „Tage der großen Furcht", wie man damals sagte.

Ende des 18. Jahrhunderts war Frankreich reif für eine Revolution, für eine revolutionäre Umgestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse.

Der Feudalismus war zu jener Zeit zu einer Fessel der Produktion geworden. In Frankreich waren zu jener Zeit längst Formen kapitalistischer Produktionsweise entstanden. In der Manufaktur wurde gegen Lohn gearbeitet. Es gab unter ihnen einzelne Großunternehmungen, wie die Kohlengruben von Anzin, die 2.000 Arbeiter beschäftigten. Die Handwerker, die zu Hause arbeiteten, wurden vom Manufakturaufkäufer in immer größere Abhängigkeit gebracht. Wenn sie keine eigenen Produktionsmittel mehr hatten, unterschieden sie sich von den Lohnarbeitern nur noch dadurch, daß sie bei sich zu Hause arbeiteten. Die weitere Entwicklung der großen Industrie war indessen nur möglich, wenn die feudale Gesellschaftsordnung beseitigt wurde. Hier lag die grundlegende Ursache für die französische Revolution. Andere Gründe beschleunigten ihre Entwicklung.

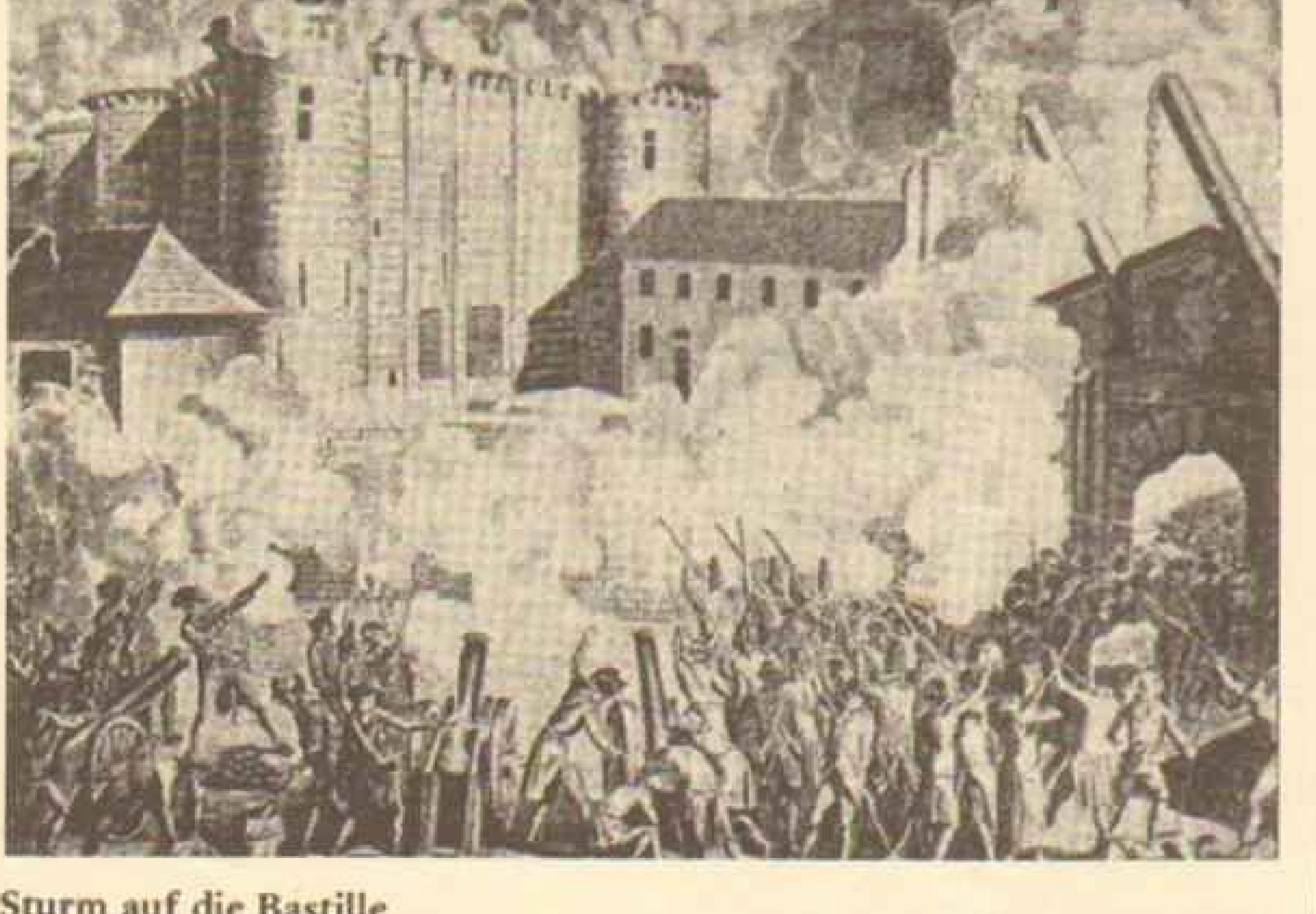
Auch die Landwirtschaft zeigte die Verrottung und Fäulnis dieses Systems. 25 Millionen Bauern lebten zu dieser Zeit in Frankreich. Die Hälfte davon besaß keinen eigenen Boden mehr, hatte ihn und die Arbeitskraft der Familie verkaufen müssen, um die tausenderlei Steuern bezahlen zu können. 1,5 Mio. Bauern gingen am Bettelstab. Bei diesen Verhältnissen kam es zu großen Hungersnöten und Bauernaufständen auch in Jahren mit guter Ernte. Furchtbar wurden die Zustände wenn, wie im Jahre 1788, Trockenheit eine Mißernte hervorrief. Dann hungerten die Bauern auf dem Land, wie die Handwerker und Arbeiter in der Stadt. 200.000 Handwerker wurden allein im Jahre 1788 ruiniert.

Während so der dritte Stand, 96% der französischen Bevölkerung, vor allem die Ausgebeuteten und Werktätigen vor sich hinvegetierten, wurde das Parasitentum des ersten und zweiten Standes, von hohem Adel und Klerus, immer abstoßender. Die Ausgaben für ihre Hofhaltungen stiegen ins Märchenhafte. So gab Ludwig der XVI. allein für die Fütterung seiner Jagdhunde 54.000 Livres im Jahr aus.

Der reichste Teil des Bürgertums, die Generalsteuerpächter, die Bankiers, die dem Staate Geld liehen, die Kaufleute, die mit den Kolonien Handel trieben, die Grundbesitzer, die von den Bauern Abgaben erhielten, waren zwar mit diesen Schichten eng verbunden, versuchten es ihnen an Prunksucht gleichzutun. Gleichzeitig jedoch erstrebten aber auch sie Reformen, vor allem einen Ausweg aus der totalen Verschuldung des Staates und verlangten politische Rechte.

Im Juli 1789, als der König sich nach wie vor weigerte, Adel und Klerus zu besteuern und einen bürgerlichen Minister, den er zur Beschwichtigung des Bürgertums ins Kabinett geholt hatte, entließ, verbanden sich die Reformbestrebungen des höheren und mittleren Bürgertums mit dem Aufbegehren der anderen Schichten des dritten Standes. Die französische Revolution brach aus.

Warum war die bürgerliche Revolution in Frankreich radikaler


Sturm auf die Bastille

als andere bürgerliche Revolutionen? Warum führte sie tatsächlich zur Vernichtung des Feudalismus, wurde sie zu einem Fanal für den antifeudalistischen Kampf in ganz Europa? – Wie Stalin diese Revolution charakterisierte, war sie „**eine Volksrevolution, die dadurch siegte, daß sie ungeheure Volksmassen zur Erhebung gegen den Feudalismus führte und die Interessen des dritten Standes verteidigte.**"

„Was ist der dritte Stand?" hatte Sieyes in einer Broschüre vor den revolutionären Julitagen gefragt. „Die ganze Nation in Ketten und Bedrückung." „Was ist er in der Staatsordnung bisher gewesen? Nichts. Was begehrt er? Etwas zu sein." In diesem Selbstbewußtsein, 96 Prozent der Nation zu vertreten, erklärten sich die Vertreter des dritten Standes in den vom König einberufenen Generalständen Anfang Juli 1789 zu den Vertretern der ganzen Nation und konnten, weil sie in ihren Forderungen auch die Interessen der breiten Massen vertraten, ihre Macht in den folgenden Tagen des Bürgerkrieges gegen die Truppen des Königs behaupten. Die von der Bürgerschaft aufgestellte Nationalgarde sicherte ihre Macht ab.

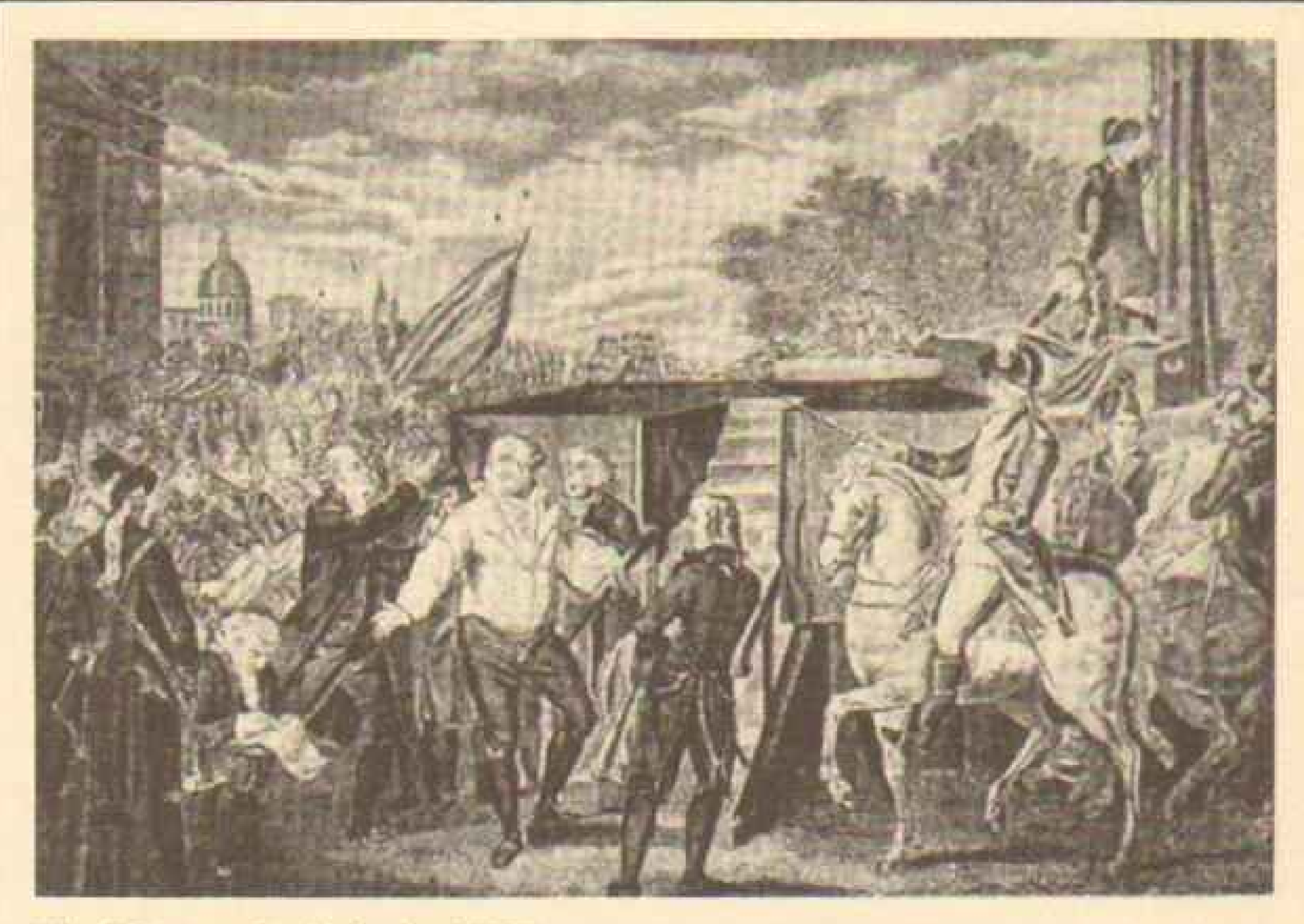
Die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" gab die Grundsätze dieses neuen, bürgerlichen Staates an. Sie proklamierte die Abschaffung der Stände, die Gleichheit aller vor dem Gesetz und verkündete, das Volk allein sei die Quelle der Macht. Im letzten Punkt der „Erklärung" stand: „Das Eigentum ist unverletzliches und geheiligtes Recht."

So bestätigte die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte die neue Ordnung als eine Ordnung des Bürgertums, der Bourgeoisie. Sie machte einerseits Schluß mit den feudalen Vorrechten. Indem sie aber das bürgerliche Eigentum als „geheiligtes Recht" proklamierte, schuf sie eine neue Ungleichheit, die auf dem Grundsatz der Ausbeutung beruhende kapitalistische Gesellschaftsordnung.

In diesem Sinne wurde auch das gesellschaftliche Leben Frankreichs geändert. Die neue Regierung revolutionierte den Staatsapparat da, wo er der Entwicklung des Kapitalismus, von Produktion und Industrie im Wege stand. Behielt seine unterdrückenden Gesetze bei oder fügte ihnen sogar neue hinzu, wo sie ihre eigene Macht gegen die Werktätigen behaupten wollte. So wurde schon im Oktober 1789 ein Gesetz erlassen, das erlaubte, Volksansammlungen auseinanderzuschießen. Als sich 1791 die Arbeiter im Zusammenhang mit großen Streiks zu Berufsverbänden zusammenschloßen, wurde ihnen das verboten. Genauso war es mit den politischen Rechten. Rechte hatte, wer Steuern zahlte. Damit aber hatten nur 4 von 25 Millionen Bürgern das Recht, sich in die staatlichen Organe wählen zu lassen und in die Nationalgarde einzutreten. Als sich am 17. Juli 1791 eine große Menschenmenge auf dem Marsfeld versammelte, die die Absetzung des Königs und die Ausrufung der Republik forderte, ließ die Bourgeoisie die Nationalgarde gegen sie aufmarschieren.

Angesichts dieser Verhältnisse verschärften sich die Widersprüche zwischen den antifeudalistischen Kräften. Dazu kam, daß der Revolution von außen, von den alarmierten feudalen Herrschern Europas, Gefahr drohte. Zuerst Österreich, dann weitere Staaten, erklärten Frankreich den Krieg. In diesen Tagen waren es die Handwerker und Arbeiter aus den Pariser Vororten, die – ihr Revolutionslied auf den Lippen – gegen den Feind marschierten. Aber die Waffen, die die Regierung den Volksmassen notgedrungen geben mußte, wollte sie nicht ihr Gesicht verlieren, richteten sich sofort auch gegen den Feind im eigenen Land. Die Tuillerien, der Sitz Ludwigs des XVI. in Versailles, wurden gestürmt, die Bourgeoisie gezwungen, die Republik auszurufen.

Doch mit dem Ausrufen der Republik allein änderte sich die Lage der breiten Volksmassen nicht. Das Volk litt unter der zunehmenden Teuerung. Es empörte sich gegen die halbherzige, ja landesverräterische Haltung der Bourgeoisie, vertreten durch die Girondistenpartei, gegenüber den konterrevolutionären Interventionstruppen. „Die


Hinrichtung Ludwig des XVI

Freiheit ist ein leeres Phantom, wenn eine Klasse ungestraft eine andere aushungern darf. Ist denn Eigentum von Halunken wertvoller als das Menschenleben?" – Solche Parolen von Agitatoren aus dem Volk wurden von den Jakobinern, den revolutionären Vertretern des radikalen Teils der Bourgeoisie, aufgegriffen. Am 2. Juni 1793 stürmten 40.000 Bürger den Konvent. Die Girondisten, die politische Partei der Bourgeoisie, die – bedrängt vom Volk – Zuflucht beim Adel gefunden hatte, wurden verhaftet. Die Herrschaft der Jakobiner begann.

Sie sahen, daß es nicht anders möglich war, als gemeinsam mit den Handwerkern, Arbeitern und Bauern und mit der Errichtung einer festen revolutionären Gewalt gegen die Feinde der Revolution im Innern, die Rechte des Bürgertums zu sichern. Sie sahen, daß sie nicht anders, als gestützt auf den Patriotismus der breiten Volksmassen dem konterrevolutionären Ansturm der europäischen Feudalherren auf die bürgerlich-demokratischen Errungenschaften in Frankreich trotzen konnten. So führten sie die begonnene Revolution weiter und dehnten die bisher auf die wohlhabenden Bürger beschränkten demokratischen Rechte auf die Volksmassen aus. Es gelang ihnen so, die feudale Reaktion inner- und außerhalb Frankreichs niederzuschlagen. Aber auch dieser radikale Teil der Bourgeoisie konnte nicht für lange Zeit mit der Millionenmasse der Werktätigen und Ausgebeuteten zusammengehen, und zwar einfach deshalb nicht, weil auch sie als Vertreter des Bürgertums das bürgerliche Eigentum und damit die Quelle der Auflehnung der breiten Massen nicht beseitigen wollten und konnten. Isoliert von den Massen, auf die sich die Jakobinerherrschaft stützte, aber konnten sie sich nicht weiter gegen den reaktionären Teil der Bourgeoisie behaupten. Die Jakobinerherrschaft wurde gestürzt und ein gegenrevolutionärer Teil der Bourgeoisie gelangte an die Macht, der sich mit wütendem Terro gegen die Volksmassen wandte.

Lenin schrieb über die Bedeutung der französischen Revolution: **„Für ihre Klasse, für die sie gearbeitet hat, nämlich für die Bourgeoisie, hat sie so viel geleistet, daß das ganze 19. Jahrhundert, in dem der Menschheit Zivilisation und Kultur gegeben wurden, unter dem Zeichen der französischen Revolution stand. Dieses Jahrhundert hat an allen Enden der Welt nur das getan, zum Teil durchgeführt, zum Teil begonnen oder ergänzt, was die großen französischen Revolutionäre der Bourgeoisie geschaffen hatten, deren Interessen sie dienten, obwohl sie sich dessen nicht bewußt waren, als sie die in die Worte ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit' einkleideten... Die französische Revolution hat, obwohl sie zerschlagen wurde, dennoch gesiegt, denn die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie und Freiheit, die sie der Welt geschenkt hat, waren so fest gefügt, daß sie nicht mehr beseitigt werden konnten."**

Die französische Revolution zeigt die revolutionäre Rolle, die die Bourgeoisie in der Geschichte gespielt hat. Sie hat dem Feudalismus die große Industrie abgerungen, seine sozialen und politischen Fesseln gesprengt. Sie hat diese Siege nicht ohne Opfer erringen können. Denn in keiner Geschichtsperiode tritt eine Klasse freiwillig ab. Immer muß sich die neue, aufstrebende Klasse ihre Macht mit revolutionärer Gewalt erkämpfen.

Die französische Revolution zeigt aber gleichzeitig die Grenzen der Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie. „Die bürgerliche Revolution beschränkt sich darauf, die Herrschaft einer Ausbeutergruppe durch die einer anderen zu ersetzen" (Stalin). An Stelle der feudalen Ketten legte sie den Arbeitern und Bauern neue Ketten an, die der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Mit dem Aufkommen des Kapitalismus spaltet sich die ganze Gesellschaft mehr und mehr in zwei große, feindliche Lager: die Kapitalistenklasse und das Proletariat. Einmal an der Macht, kennt das Kapital nur noch ein Ziel: seine Herrschaft zu verteidigen gegen den Totengräber, den es selbst geschaffen hat, die Arbeiterklasse. Um sich selber zu befreien, kann für das Proletariat nur heißen, diese Klasse zu vernichten. Deshalb sagte Stalin über die große sozialistische Oktoberrevolution, daß sie **„weder eine Fortsetzung noch eine Vollendung der großen französischen Revolution ist. Ziel der französischen Revolution war die Beseitigung des Feudalismus zur Stärkung des Kapitalismus. Ziel der Oktoberrevolution ist die Beseitigung des Kapitalismus zur Stärkung des Sozialismus."**

Erst die sozialistische Revolution beseitigt jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Indem sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufhebt, reißt sie die Wurzeln der Ausbeutung aus. Die Arbeiterklasse kann deshalb auch nicht, wie die nach der Macht drängende Bourgeoisie, den alten Staatsapparat grundsätzlich bestehen lassen. Sie muß den bürgerlichen Staatsapparat zerbrechen und vernichten, der die breiten Massen im Interesse einer winzigen Minderheit von Ausbeutern unterdrückt hat. Das Proletariat schafft einen neuen Staat, einen Staat, der zum ersten Mal in der Geschichte den Willen der breiten Volksmassen verwirklicht, die Diktatur des Proletariats.

"Wenn es scharfe Munition gibt, machen wir nicht mit!"

Korrespondenz:

Während des letzten Manövers „Frischer Wind", an dem meine Kameraden und ich teilnehmen mußten, wurde von höchster Stelle als „Blaulicht"-Spruch (Kennzeichen für eine tatsächliche Meldung) eingespielt, daß arabische Terroristen versuchen würden, auf Fernmeldeeinrichtungen der Bundeswehr Anschläge zu verüben. Daraufhin wurden verstärkte Sicherungsposten bestimmt, außerdem von Seiten des Gefechtsstand-Chefs erwogen, ob scharfe Munition ausgegeben werden soll, was dann allerdings doch nicht geschah.

Die erste Reaktion der Kameraden war: Wenn es scharfe Munition gibt, dann machen wir nicht mit. Für die Capos (Bezeichnung für Offiziere – RM) halten wir unsere Knochen nicht hin. Nur zwei sagten, wenn die Araber kommen, schießen wir. Und das war ganz am Anfang der Diskussion. Wir besprachen dann, warum überhaupt solche Meldungen ausgegeben werden. Die westdeutschen Imperialisten unterstützen die israelischen Zionisten bei ihrer Aggression gegen die arabischen Völker, und das palästinensische Volk. Das konnte besonders bei der „Ölkrise" jeder sehen. Die sind soweit gegangen, ein Angebot zu machen, westdeutsche Truppen im Rahmen der UNO dort hinzuschicken. Westdeutsche Soldaten nehmen an entsprechenden Nato-Planspielen teil. Von westdeutschem Boden aus ist US-Kriegsmaterial nach Nahost transportiert worden. Israelische Soldaten haben im letzten Oktoberkrieg unter anderem auch mit deutschen Waffen ihren Aggressionskrieg geführt. Solche Meldungen haben also den Zweck, die Soldaten gegen die arabischen Völker aufzuhetzten, zu testen, ob sie in einem Ernstfall für die Interessen der westdeutschen Imperialisten schießen würden. Wir besprachen dann, warum der Kampf der arabischen Völker gegen die israelischen Zionisten berechtigt ist, daß wir uns in einem Ernstfall auf ihre Seite stellen müssen, gegen die israelischen Aggressoren, gegen die Supermächte, die dort um die Vorherrschaft kämpfen und gegen die westdeutschen Imperialisten.

Am Ende der Diskussion waren die meisten dafür, in einem solchen Fall, wo die Bundeswehr von arabischen Patrioten angegriffen wird, sich zu weigern, weiter Streife zu laufen und auch die anderen Kameraden dafür zu gewinnen. Ob es gelungen wäre, im Fall der Ausgabe von scharfer Munition tatsächlich die Mehrheit für eine „Meuterei" zu gewinnen, weiß ich nicht genau, da bei vielen Kollegen noch im Vordergrund stand, vor allem erst mal abzuhauen. Manche hatten Zweifel, ob eine solche geschlossene Aktion zustande kommen würde. Aber die Antwort kann nur die Praxis geben.

Und sie gab sie auch – wenn auch in etwas anderem Zusammenhang – einige Zeit später bei einer Übung. Die Capos waren im Anschluß an diese Übung ziemlich sauer. Das kam daher, daß bei dieser Übung rund jedes zweite Gerät (Funk/Vermittlung usw.) ausgefallen war. Ein ganz schöner Schlag für die Militaristen. Denn da wir eine „Führungsgruppe" sind und praktisch für die ganze Nachrichtenübermittlung zuständig, hätte ein solcher Ausfall im Ernstfall für die Imperialisten verheerende Folge gehabt. Deshalb wurde auch gleich mit schweren Geschützen aufgefahren: Dies sei schon kein Betriebsunfall mehr, sondern bewußte Sabotage. Das würde Konsequenzen haben usw. Außerdem wurde dem Fernmeldezug in dem dies passiert war, angedroht, die Übung würde an einem Wochenende nachgeholt, da praktisch nichts geklappt hätte, die Soldaten hätten ja nur in der Sonne geglegen.

Kurz darauf erschienen zwei Beamte des MAD, konnten jedoch nichts Konkretes herausbekommen. Auch das angekündigte Wochenende wagten sie bisher nicht durchzuziehen, weil sich dagegen starker Widerstand geregt hatte, so hatten ein Drittel der Kameraden fest erklärt, sie würden nicht kommen.

Im Essener Gefängnis: Bei Hungerstreik Wasser entzogen

Korrespondenz

Am 22.6.74 abends unterhielten sich die Gefangenen im Essener Gefängnis (Frauenhaus) wie gewohnt von Zelle zu Zelle. Das auch nach 22 Uhr. Die Gefängnisleitung reagierte mit brutalem Terror: Ein ca 16-jähriges Mädchen wurde in den toten Trakt, „Bunker" genannt, gebracht. Das sind schalldichte Einzelzellen. Mehrere Frauen wurden nach Köln in den berüchtigten „Klingelpütz" verlegt. Die ebenfalls im Essener Gefängnis gefangengehaltene Genossin Gabriele Kröcher-Tiedemann, wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Roten Ruhr-Armee, zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, protestierte laut gegen diese faschistischen Methoden. Daraufhin kamen mehrere Polizisten in ihre Zelle, prügelten auf sie ein und brachten sie gegen 23 Uhr ebenfalls in den „Bunker". Die übrigen Frauen setzten ihren Protest bis 4 Uhr morgens fort. Genossin Gabriele: „Diese Aktion hat zusammengeschweißt!"

Als die Genossin in den „Bunker" gebracht wurde, trat sie aus Protest sofort in den Hungerstreik. Die Gefängnisleitung entzog ihr das Wasser und – wie die Genossin meinte – ließ Heißluft in die Zelle blasen, so daß es unerträglich heiß wurde. Genossin Gabriele wurde in dieser „Beruhigungszelle" (offizieller Ausdruck) 60 Stunden festgehalten. (Sogar nach den bürgerlichen Gesetzen ist das „nur" 24 Stunden ohne richterliche Anordnung erlaubt.) Ein Protestschreiben der Genossin ging bereits an den zuständigen Richter Langhorst, den Vorsitzenden der VIII. Strafkammer des Landgerichts Bochum.

Auch diese Foltermaßnahmen waren allerdings nicht in der Lage, die Genossin einzuschüchtern und ihre Kampfkraft zu erschüttern. Der Kampf geht weiter.

SOLIDARITÄT

Die Redaktion des ROTEN MORGEN erreichten in der letzten Woche folgende neue Solidaritätsadressen zum Polizeimord an unserem Genossen Günter Routhier:

Resolution der Mehrheit der am 23. 6. versammelten oppositionellen DruPa-Kollegen im Kreis „Alternative"; in einer Resolution der Gesamtvollversammlung der Uni Bielefeld wird gegen den Polizeimord an Genossen Günter protestiert und gleichzeitig gegen die Versuche, dies mit dem Polizeiüberfall auf den Trauerzug und anderen Maßnahmen zu vertuschen; Resolution von 10 Teilnehmern einer Veranstaltung des Aktionskomitees „Solidarität mit Günter Routhier" in Siegen-Hüttental; Resolution der Delegiertenkonferenz der „Kommunistischen Initiative" in Köln; Resolution einer Veranstaltung des AStA und der Roten Zellen Kiel zum „Grundgesetzprozeß", in der gleichzeitig gegen die Beschlagnahmungen des „Roten Morgen" und anderer kommunistischer Zeitungen protestiert wird; Resolution der Fachschaftsgruppe Psychologie an der Universität Kiel; Resolution von 4 Referendaren aus Hamburg; Resolution von 3 Referendaren aus Hamburg; Resolution der „Sozialistischen Fachbereichsinitiative Biologie" an der Universität München; Resolution eines Mitgliedertreffens der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft Karlsruhe; Resolution der Teilnehmer einer Veranstaltung, zu der die Unterzeichner des Aufrufs für die Demonstration gegen die politische Unterdrückung der ausländischen Kollegen aufgerufen hatten; Resolution auf der letzten Sitzung des Revolutionären Komitees „Soldatenfaust", gemäß einer Initiative der KPD/ML-Fraktion einstimmig verabschiedet; Resolution der Teilnehmer des RM-Leserkreises in Kiel-Friedrichsort; Resolution der Teilnehmer der Veranstaltung der KPD/ML in Nordenham zum Polizeimord an Genossen Günter; Resolution von Teilnehmern einer Veranstaltung des KSB/ML Kiel.

Kampf der drohenden Abschiebung der 3 spanischen Antifaschisten und Patrioten!

Seit mehr als 4 Monaten werden 3 spanische Antifaschisten und Patrioten in deutschen Gefängnissen festgehalten. Ihre Festnahme durch die Polizei erfolgte willkürlich, weil sie sich am Tag nach der Ermordung des spanischen Antifaschisten S. Puig Antich durch das yankee-frankistische Regime, nachts vor einem spanischen Reisebüro in Düsseldorf befanden.

Die Polizei versuchte ihnen 2 Flaschen mit Benzin als Molotowcocktails unterzuschieben, ohne jeden Beweis. Das ist das gleiche provokatorische Vorgehen, das die Polizei schon in Frankfurt gegen 2 türkische Antifaschisten anwandte, als sie versuchte, diesen Schuß- und Sprengstoffwaffen unterzuschieben.

Die 3 Spanier werden unter miserablen Verhältnissen im Gefängnis gehalten. Am Tage nach der Beerdigung unseres Genossen Günter Routhier hatte die Bourgeoisie nichts Eiligeres zu tun, als die 3 Spanier von Düsseldorf in 3 verschiedene Gefängnisse einzuliefern. Die Ehefrau des einen Spaniers berichtete nach einem Besuch, daß ihrem Mann verboten wurde, Fernsehen anzusehen.

Die Terrormaßnahmen der westdeutschen Bourgeoisie gegen die spanischen Antifaschisten zeigen die enge Zusammenarbeit des westdeutschen Imperialismus mit dem spanischen Frankofaschismus. **Wie eng diese Zusammenarbeit ist, zeigt, daß der spanische Konsul sich selber ins Gefängnis begeben hat, um die 3 Spanier auszuhorchen, und daß die Guadia Civil in Spanien die Eltern des einen Verhafteten aufsucht, um sich nach dem Namen auch der Schwiegereltern zu erkundigen.** Die 3 Spanier sind durch die Ausländergesetze direkt von einer Abschiebung bedroht. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie direkt den spanischen Gefängnissen ausgeliefert werden, wo ihnen hohe Freiheitsstrafen, Folter und Tod drohen. Abschiebung ist deshalb nur ein „vornehmeres" Wort für Mordversuch.

Nur unser Kampf und unsere Solidarität kann ihre Verurteilung und Abschiebung verhindern. Machen wir den Prozeß am 23. 7. (9.30 Uhr im Landgericht, Düsseldorf, Mühlenstr.) zu einem Bumerang für die Bourgeoisie.

FREIHEIT FÜR DIE 3 SPANISCHEN ANTIFASCHISTEN UND PATRIOTEN!

NIEDER MIT DER ZUSAMMENARBEIT DES DBR-IMPERIALISMUS MIT DEM FRANCO-FASCHISMUS!

KEINE ABSCHIEBUNG INS FASCHISTISCHE SPANIEN!

NIEDER MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!

Ab sofort gilt als Spendenkonto der KPD/ML zur Unterstützung politisch Verfolgter das unten angegebene Konto. Wir bitten unsere Leser, ab sofort auf das Konto Karin Wagner, Dortmund, keine Beträge mehr einzuzahlen, da dieses Konto nicht mehr weitergeführt wird.

Die neue Konto-Nr. lautet:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund,
Kto. Nr. 321 004 547

UNTERSTÜTZT DIE GEGENERMITTLUNGEN ZUR ERMORDUNG UNSERES GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER!

Wie bereits mehrfach berichtet (siehe auch Seite 8), führt die Partei Gegenermittlungen zur Ermordung unseres Genossen Günter Routhier durch. Viele Leser des ROTEN MORGEN haben am eigenen Leib gespürt bzw. mit eigenen Augen gesehen, daß die Partei die Wahrheit sagt, wenn sie in ihren Publikationen schreibt, daß das Vorgehen der Bourgeosie beim Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg, bei der Beerdigung des Genossen Günter und überall da, wo Genossen den ROTEN MORGEN und andere Schriften der KPD/ML verbreitet haben, tatsächlich nur noch mit den Methoden der Gestapo und der SS zu vergleichen ist. Wir bitten diese Leser, den Kampf der Partei durch Augenzeugenberichte über das, was sie selbst erlebt haben, zu unterstützen. Damit diese Berichte auch juristisch verwertet werden können, ist es notwendig, daß sie präzise Angaben über Ort und Zeit des Geschehens enthalten, sowie eine genaue Beschreibung des Ereignisses. Wir sind sicher, daß auch eine Reihe von Passanten, die das Vorgehen der Polizei beobachtet haben, bereit sind, den Kampf der Partei durch Zeugenaussagen zu unterstützen, wenn man sie darum bittet. Schickt diese Berichte bitte an die Redaktion des ROTEN MORGEN, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526.

Bonns antifaschistische Pose soll von Faschisierung ablenken!

Fortsetzung von Seite 1

Daß die Bourgeoisie sich gerade diesen Tag für ihre demokratische und antifaschistische Demagogie aussucht, daß sie gleichzeitig gezwungen ist, mit faschistischem Terror auch gegen bürgerliche Antifaschisten wie Beate Klarsfeld vorzugehen, zeigt, wie schwer es ihr geworden ist, in der Pose der „Regierung des Volkes" die Arbeiterklasse und die Werktätigen zu unterdrücken.

Ihr faschistisches Wesen tritt heute bereits wieder offen zu Tage. Ihre Polizeiarmee prügelt bei Streiks und Demonstrationen. MEK's – „Mordeinsatzkommandos", Folter in den Gefängnissen haben bereits zahlreiche Opfer gefordert. Am meisten spüren die wachsende Faschisierung die Kommunisten, die Kommunistische Partei. Denn die Bourgeoisie weiß, daß die entscheidende Kraft, die ihren Untergang beschleunigt, die Partei ist, die den immer stärker gegen Ausbeutung und Unterdrückung rebellierenden Massen einen klaren Ausweg zeigt. Alles Planen und Handeln der herrschenden Klasse ist nur von einem bestimmt: ihren Untergang in der proletarischen Revolution zu verhindern. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sie in einer revolutionären Situation, wenn sie um ihre nackte Existenz kämpfen muß, erneut versucht, eine faschistische Diktatur zu errichten.

Es ist darum kein Zufall, daß im gleichen Jahr, als das Kapital die Notstandsgesetze verabschieden ließ, auch die Partei gegründet wurde, die mit ihren Theorien vom „friedlichen Übergang" und der „antimonopolistischen Demokratie" die Massen vom einzigen Weg, der die erneute Errichtung des Faschismus verhindern kann, die proletarische Revolution, abhalten soll.

So behaupten die modernen Revisionisten, unterstützt von verschiedenen opportunistischen Zirkeln, es sei vor allem das Rechtskartell um Strauß, von dem die faschistische Gefahr ausgehe. Natürlich wird Strauß nicht zögern, dann, wenn die Existenz der Bourgeoisie bedroht ist, wenn die Bourgeoisie ihm dazu den Auftrag gibt, den Faschismus zu errichten. Aber das wird auch die SPD nicht tun. Was die D„K"P hier versucht, ist, die Bourgeoisie in einen „reaktionären" und einen „vernünftigen" Teil zu spalten. Diesen Teil propagiert sie als das kleinere Übel, um die Arbeiterklasse so letztlich an die ganze Bourgeoisie zu ketten, sie so lange in Illusionen zu wiegen, bis die Bourgeoisie Zeit genug gehabt hat, ihre Vorbereitungen für eine blutige, terroristische Unterdrückung des Volkes zu beenden und den Faschismus zu errichten.

Den gleichen Zweck hat es, wenn sie den Kampf gegen den „Abbau der demokratischen Rechte" proklamiert und dagegen die Forderung nach der „antimonopolistischen Demokratie" stellt. Sicher muß die Arbeiterklasse gegen den Abbau der demokratischen Rechte kämpfen, aber doch nicht mit der Illusion, innerhalb und auf dem Boden des bürgerlichen Staates die Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung abschütteln zu können. Wohin solche Illusionen führen, hat das Beispiel Chile in jüngster Zeit noch einmal aufs Neue bewiesen.

Wenn die Kommunisten den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte führen, dann nicht mit dem Blick zurück in die „goldenen fünziger Jahre", wo 1951 „nur" der Kommunist Philipp Müller ermordet wurde, sondern mit dem Blick nach vorn. Vorwärts aber kann es für die Arbeiterklasse niemals gemeinsam mit der Bourgeoisie gehen, sondern nur im unversöhnlichen Kampf gegen sie. „Sozialismus oder Barbarei" hat Ernst Thälmann, der Führer der revolutionären KPD gesagt. Und einen anderen Weg als den Weg der sozialistischen Revolution, den Weg der Errichtung der Diktatur des Proletariats, gibt es auch heute für die Arbeiterklasse nicht.

Fortsetzung von Seite 1

Kampf den reaktionären Ausländergesetzen!

Ebenfalls Klage erhoben wurde gegen den Polizeiüberfall auf den Trauerzug am Tage der Beerdigung des Genossen Günter sowie gegen die Versuche der Bourgeoisie, die KPD/ML, eine nach dem Parteiengesetz legale Partei, durch Verbot verschiedener Aktivitäten praktisch von der legalen Arbeit auszuschließen.

In einer Zusammenfassung der Anklagepunkte hob Genosse Karl hervor, daß das Vorgehen der Bourgeoisie uns nicht davon abhalten wird, den Kampf weiter bis zum Sieg zu führen, aber daß wir zum anderen der Bourgeoisie nicht ins offene Messer laufen werden. Unsere Taktik muß auch in Zukunft sein: Wo die Bourgeoisie stark, wo sie vorübergehend in der Übermacht ist, ziehen wir uns kurzfristig zurück; wo sich aber ihre Schwächen zeigen, da greifen wir an.

Abschließend ging Genosse Gernot Schubert in einer Rede ausführlich darauf ein, **wie wir Kommunisten, wie die KPD/ML den Kampf gegen die Faschisierung führt. Er erklärte im einzelnen, warum die Faschisierungsmaßnahmen der Bourgeoisie mit dem verstärkten Kampf um die proletarische Revolution beantwortet werden müssen, daß einzig die proletarische Revolution die Errichtung der offenen Terrorherrschaft, der unverhüllten Diktatur der Bourgeoisie verhindern kann.**

Die Veranstaltung war geprägt durch die einhellige Empörung der versammelten Kollegen, Freunde und Genossen, aber auch durch einen starken Kampfeswillen. Immer wieder wurden die Redner vom Beifall unterbrochen, wurden Parolen gerufen. Begeistert wurden auch die vielen Solidaritätsadressen und Protestresolutionen aus dem In- und Ausland begrüßt. Die Spendensammlung am Schluß der Versammlung ergab 1.100 DM für die Unterstützung der Familie Routhier.

Zu Beginn der Veranstaltung berichtete Genosse H. Brenner über den Polizeiüberfall während seines Arbeitsgerichtsprozesses, mit welch brutaler Gewalt die Polizisten gegen die Genossen vorgingen, wie Genosse Günter so folgenschwer zusammengeschlagen wurde. Die Ärztin, die im Anschluß sprach, enthüllte die Unsinnigkeit des Ergebnisses des offiziellen Obduktionsberichtes und hob noch einmal hervor, daß Genosse Günter an den Folgen äußerer Einwirkung, an den Folgen der Polizeischläge sterben mußte.

Als dann Frau Routhier einige Worte an die Versammelten richten wollte, wurde sie mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Die Genossen brachten damit ihre tiefe Achtung vor dem Mut dieser Frau zum Ausdruck, die sich mit dem Tod ihres Mannes, unseres Genossen, erhoben hat und heute an der Seite der Partei den Kampf, für den ihr Mann gefallen ist, fortführt.



Ein ausländischer Demonstrationsteilnehmer wird festgenommen. Brutal zerren ihm die Polizisten die Beine auseinander.

Frau Routhier berichtete über den Polizeiterror, den sie in den Tagen zwischen Günters Tod und seiner Beerdigung erleben mußte, wie sie erkannt hat, daß es mit diesen Kräften keine Diskussion geben kann. Aber sie sprach auch über den Trost und die Zuversicht, die ihr und ihrer Schwiegermutter die Rede auf der Trauerveranstaltung der Partei an Günters Todestag gegeben hat: **„Ich war damals schon fest entschlossen, daß ich irgendeinen Weg finden werde, weiterzumachen, wo er aufgehört hat."**

Empört prangerte sie den Polizeiüberfall auf den Trauerzug an, wie ihre Schwiegermutter aus Furcht um ihren Enkel zu den Mannschaftswagen lief, um ihn zu suchen, wie sie dabei versuchte, die gefangenen Genossen wieder aus dem Wagen zu ziehen. Und sie schilderte den Versammelten die feierliche Beerdigung des Genossen Günter, ihres Mannes, durch die Partei. Als sie ihre Rede beendete, gab es keinen Genossen und Freund im Saal, der nicht bewegt einfiel in den Ruf: **„Genosse Günter, unser Schwur: Proletarische Diktatur!"**

Ein alter albanischer Partisan sagte: "Genosse Günter ist ein Held."

Korrespondenz

Zwei Tage vor der Beerdigung des Genossen Günter bin ich mit einer Reisegruppe der Gesellschaft der Freunde Albaniens nach Albanien gefahren. Zur Stunde seiner Beisetzung haben wir auch dort in Albanien mit einer Trauerfeier seiner gedacht. Ein Genosse der KPD/ML hat eine Rede gehalten. Anschließend haben wir alle gemeinsam das Lied „Im Kerker zu Tode gemartert" gesungen und eine Schweigeminute abgehalten. 121,33 DM wurden anschließend zur Unterstützung der Familienangehörigen gesammelt. Im Hotel haben wir dann das Bild unseres Genossen ausgehängt.

Bei der Besichtigung einer Staatsfarm kamen wir auch in eine Abteilung, in der Tomaten sortiert werden. Dort sprachen wir mit einem alten Partisanen, der dort arbeitet. Er erzählte uns vom Befreiungskampf des albanischen Volkes, wie es sich mit der Waffe in der Hand von den Hitlerfaschisten und den italienischen Faschisten befreit hat. Ein Kollege unserer Reisegruppe, der den Hitlerfaschismus am eigenen Leib erlebt hat, berichtete von seinen Erfahrungen aus dieser Zeit. Es sagte, daß sich heute die Kämpfe in der Deutschen Bundesrepublik verschärfen und die Bourgeoisie wieder mit faschistischen Methoden gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten vorgeht. Ein Genosse berichtete den Arbeitern der Staatsfarm von der Ermordung des Genossen Günter Routhier. Die Albaner waren sehr empört.

Ein alter Partisan sagte: **„Euer Genosse Günter ist ein Held."** Er betonte: **„Wenn Ihr für Eure Freiheit kämpft, dann wird noch mehr Blut fließen. Wir haben unsere Freiheit auch nur mit dem Blut vieler treuer Kämpfer erringen können. Angesichts des Mordes an Eurem Genossen dürft Ihr nicht zurückweichen, sondern müßt noch besser kämpfen, keine Opfer scheuen, und Ihr müßt eine starke kommunistische Partei haben, ohne die Partei kann man den Sozialismus nicht erringen."** Er bat um ein Bild des Genossen Günter. Es soll, mit einem schwarzen Trauerrand versehen, in der Staatsfarm aufgehängt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Tribunal zum Mord an Genosse Günter

Zu Beginn des Tribunals betonte Genosse Karl Klingemann, der die Anklage vortrug: „Wenn wir die Kapitalistenklasse, ihren Staatsapparat und ihre Schergen anklagen so dürfen wir uns dabei keinerlei Illusionen hingeben. Den imperialistischen Unterdrückungsapparat können wir allein durch die proletarische sozialistische Revolution gewaltsam zerschlagen. Wir müssen ihn durch die Diktatur des Proletariats ersetzen. Aber als kommunistische Partei kämpfen wir auch um jeden Fingerbreit Legalität, um den Kampf für die Revolution in ganzer Breite führen zu können.

„Im Namen der Arbeiterklasse und der Angehörigen des Genossen Günter Routhier klagen wir, die KPD/ML, die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat an, unseren Genossen Günter vorsätzlich brutal ermordet zu haben!" Genosse Karl zeigte auf, daß der Mord an Günter Ergebnis des systematischen und geplanten Terrors der Bourgeoisie gegen die Kräfte der Revolution ist, nicht anders als der Mord an Neset Danis. Im Zeugenstand berichtete Genosse H. Brenner noch einmal von dem geplanten und gezielten Vorgehen der Polizisten in Duisburg, bestätigte ein Jurist, daß selbst nach den bürgerlichen Gesetzen die Polizei des Mordes schuldig ist.

Ein weiterer Anklagepunkt richtet sich gegen die bürgerliche Presse und die Gerichtsmedizin wegen Unterdrückung der Wahrheit, Falschmeldungen und Lügen. Ein anderer gegen die Polizei wegen sadistischer Folterungen. **Hierzu berichtete ein Genosse aus Gelsenkirchen, wie er von der Polizei auf der Wache gefoltert wurde. Mit 8 Polizisten gingen sie auf ihn los und schlugen ihn zusammen, als er sich bei der erkennungsdienstlichen Behandlung wehrte. Schließlich kniete auf jedem Arm, auf jedem Bein ein Polizist, ein anderer zog seinen Kopf an den Haaren zurück. Dann begannen sie ihm der Reihe nach in den Hoden zu treten. Vom Boden wurde er auf einen Stuhl zum Verhör geschleift. Der Genosse schwieg trotz allem. Der Kriminalbeamte vom K 14: „Es wäre ja auch das erste Mal, daß einer von diesen Indoktrinierten der KPD/ML das Maul aufmachte!"**

Partei durchbricht den Terror der Bourgeoisie

Mit massivem Terror versucht die Bourgeoisie die Wahrheit über den Mord an unserem Genossen Günter Routhier und über den Überfall auf den Trauerzug zu unterdrücken. Folgende drei Beispiele sollen zeigen, wie die Partei den Terror der Bourgeoisie durchbricht und die Wahrheit über den Polizeimord verbreitet.

Duisburg: Zum Schichtwechsel gegen 14.00 Uhr verteilen Genossen bei Mannesmann (Tor 1 und 2) und bei Thyssen/Schwelkern (Tor 7) Flugblätter, kleben Plakate und malen Parolen. Genosse Hanfried Brenner – selbst gefeuerter Mannesmann-Arbeiter – hält eine kurze Rede, in der er noch einmal auf seinen Arbeitsgerichtsprozeß eingeht; bei dem Genosse Günter von der Polizei ermordet wurde; schildert den Polizeiterror und entlarvt die Lügenhetze der Kapitalistenpresse. Er berichtet vom Kampf der Partei, die sich nicht einschüchtern läßt und im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin die Wahrheit verbreitet. Bei Mannesmann Tor 2 stellen sich türkische Kollegen, denen eine Genossin erklärt hat, worum es geht, vor die Genossin, die gerade eine Parole malt, um sie zu schützen. Viele Kollegen bleiben stehen und hören sich die Reden an. Auch die Aktion bei Thyssen stößt auf eine gute Reaktion bei den Kollegen. Die Polizei, die nach dem Polizeifunk zu urteilen durch die Aktion völlig überrascht wird, trifft bei Mannesmann erst nach Abschluß der Aktion ein. Bei Thyssen werden die Genossen im Anschluß an die Aktion von uniformierter Polizei verfolgt, aber die Genossen können in Wohnhäusern verschwinden. Bei diesen Aktionen konnte kein Genosse festgenommen werden.

Würzburg: Bei einer Wahlveranstaltung mit Justizminister Vogel ergreift ein Genosse vor den rund 500 Anwesenden – zum größten Teil Stammwähler der SPD – das Wort und prangert den Mord an Günter und den nachfolgenden Terror der Polizei an. Vogels Kommentar: „Der junge Mann da vorne gehört einer Gruppe an, die auf Gewaltakte aus ist ... das ist sozusagen Berufsrisiko." Anschließend versammelten sich rund 100 Leute vor einem Transparent der Partei, hören dem Parteiredner zu und diskutieren. Der anrückenden Polizei gelingt keine Festnahme.

Bielefeld: Eine Genossin verteilt Flugblätter vor der Berufsschule und erzählt den Lehrlingen gleichzeitig, daß die Flugblätter verboten sind. Die Schüler fordern die Genossin auf, zur Diskussion in die Klasse zu kommen. Eine Stunde diskutiert die Genossin mit den Schülern und dem Lehrer den Mord, den Polizeiterror und den Kampf der Partei. Die Schüler lesen interessiert die beschlagnahmten Roten Morgen, einige möchten zur Roten Garde und zur Partei Kontakt halten.

Veranstaltungen:

Der Landesverband Südwest der KPD/ML kündigt eine Veranstaltungsreihe gegen die verschärfte politische Unterdrückung an. Im Mittelpunkt wird der Kampf gegen die Antikriegstags-Prozesse stehen. Auf insgesamt 6 Veranstaltungen sprechen die Genossen Peter Bayer (im ersten Prozeß zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt) und der Genosse Schorsch Schmidt, Landesvorsitzender der KPD/ML Südwest (im ersten Prozeß zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt). Die Veranstaltungen finden statt:

19. 7. in **Gießen**, Saalbau Wieseck, 19.30 Uhr;
20. 7. in **Marburg**, Gaststätte „Zur Lahnbrücke", Gisselbergerstr., 19.30 Uhr;
21. 7. in **Kassel**, Gaststätte „Roon", Ecke Frankfurter Str. / Damaschkestr., 20 Uhr;
26. 7. in **Frankfurt**-Unterliederbach, Gaststätte „Alter Fritz", Königstr., 19.30 Uhr;
27. 7. in **Wiesbaden**-Biebrich, Rathenau-Platz, in der „Turnhalle", 17 Uhr;
28. 7. in **Mannheim**, Gaststätte „Concordia", Langstr. 36, 19 Uhr.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr. Mi: 16.00 - 19.00 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20.

KIEL: Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.